

Christian Heimann

# Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-Wirtschaft

Das Beispiel der Textil- und  
Bekleidungsindustrie 1945-1989



**PETER LANG**  
Europäischer Verlag der Wissenschaften

102

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Heimann, Christian:

Systembedingte Ursachen des Niedergangs der DDR-  
Wirtschaft : das Beispiel der Textil- und Bekleidungsindustrie  
1945-1989 / Christian Heimann. - Frankfurt am Main ; Berlin ;  
Bern ; New York ; Paris ; Wien : Lang, 1997

(Europäische Hochschulschriften : Reihe 5, Volks- und  
Betriebswirtschaft ; Bd. 2056)

Zugl.: Marburg, Univ., Diss., 1995

ISBN 3-631-31416-7

NE: Europäische Hochschulschriften / 05

58,48



D 4

ISSN 0531-7339

ISBN 3-631-31416-7

© Peter Lang GmbH

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Frankfurt am Main 1997

Alle Rechte vorbehalten.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Printed in Germany 1 2 3 4 6 7

974 5964

Strukturschub, sowohl in den Aufwands- als auch in den Ergebnisstrukturen, also insgesamt in der Produktionsstruktur, steht auch für unsere Volkswirtschaft noch aus." Im internationalen Vergleich und insbesondere gegenüber den OECD-Ländern lag die DDR damit zurück, denn der 'Inflexionspunkt' von dominierend durch extensives Wachstum der Volkswirtschaft begründetem Strukturwandel zu dem dominierend durch intensives Wachstum begründeten Strukturwandel "ist vor allem in den führenden kapitalistischen Ländern bereits eingetreten".<sup>122</sup>

### 3.7. Der Außenhandel der DDR

#### 3.7.1. Der Außenhandel im System der Zentralverwaltungswirtschaft

##### 3.7.1.1. Die Funktionen des sozialistischen Außenhandels und die grundlegenden Bedingungen für deren Realisierung

"Die beiden grundlegenden Funktionen des sozialistischen Außenhandels sind

- die Veränderung der Gebrauchswertstruktur des produzierten gesellschaftlichen Gesamtprodukts über den Export und Import, um gemäß den Erfordernissen des Gesetzes der planmäßig proportionalen Entwicklung die für die erweiterte Reproduktion notwendige Verwendungsstruktur des gesellschaftlichen Gesamtprodukts herbeizuführen, und
- der Beitrag zur Erhöhung der Effektivität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses, in dem die Möglichkeiten der internationalen Arbeitsteilung dazu genutzt werden, das physische Volumen des Nationaleinkommens zu vergrößern."<sup>123</sup>

Daneben wird aufgrund der starken Beeinflussung des sozialistischen Außenhandels durch die sozialistische ökonomische Integration auch eine "spezielle Integrationsfunktion des sozialistischen Außenhandels" hervorgehoben."<sup>124</sup>

Aus der Erfüllung dieser wechselseitig verbundenen Funktionen "durch bewußte Realisierung der Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung" resultieren "ökonomische Nutzeffekte der sozialistischen Außenwirtschaft."<sup>125</sup> Diese Nutzeffekte treten auf in Form spezifischer Austauscheffekte, die "direkt" "auf der planmäßigen Ausnutzung der Unterschiede zwischen den nationalen Werten und Preisen sowie aller anderen Realisierungsbedingungen auf den äußeren Märkten (...) in den internationalen Ware-Geld-Beziehungen"<sup>126</sup> beruhen. Daneben gibt es auch Produktivitätseffekte, die "indirekt" aus Struktureffekten bzw. Konzentrationseffekten und Zeitersparnissen und/oder Substitutionseffekten resultieren.<sup>127</sup>

<sup>122</sup> Wetzker 1989, S. 22f

<sup>123</sup> Faude e.a. 1984, S. 161

<sup>124</sup> Faude e.a. 1984, S. 161

<sup>125</sup> Faude e.a. 1984, S. 41

<sup>126</sup> Faude e.a. 1984, S. 172f

<sup>127</sup> Vgl. z.B. Weichsel 1967, S. 25f: "Zum indirekten ökonomischen Nutzeffekt des Außenhandels müssen alle die über den direkten ökonomischen Nutzeffekt des Außenhandels hinausgehenden ökonomischen Ergebnisse gezählt werden, die zu einer wertmäßigen und gebrauchswertmäßigen Erhöhung der materiellen Produktion führen, sich zwar aus der Außenhandeltätigkeit ergeben, jedoch nicht im Wirtschaftszweig Außenhandel niederschlagen. Die indirekten ökonomischen Nutzeffekte des Außenhandels wirken sich in einer höheren Effektivität der anderen Wirtschaftszweige bzw. in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus. Aus diesem Grunde sind sie insgesamt kaum meßbar und zahlenmäßig nur schwer nachzuweisen. (...) Der indirekte ökonomische Nutzeffekt unseres Außenhandels ergibt sich vor allem aus folgenden Faktoren:

- Auf Grund der starken Abhängigkeit unserer Wirtschaft vom Außenhandel wird ohne Außenhandel eine planmäßige Entwicklung unserer Volkswirtschaft auf erweiterter Stufenleiter nicht möglich. Damit trägt der Außenhandel unmittelbar zur Sicherung der erweiterten Reproduktion bei;
- durch den Außenhandel wird eine weitestgehende Spezialisierung der Produktion auf solche Erzeugnisse möglich, die mit einer hohen Produktivität hergestellt werden. Damit trägt der Außenhandel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität bei; der Außenhandel ermöglicht eine umfassende Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten, Arbeitskräfte und Rohstoffreserven sowie eine Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte;
- durch den Import von Maschinen und Anlagen, die dem technisch-wissenschaftlichen Höchststand entsprechen, trägt der Außenhandel nicht nur zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität bei, sondern hilft gleichzeitig bei der schnellen und umfassenden Durchsetzung der technischen Revolution in unserer Volkswirtschaft."

Entkleidet ihrer sozialistischen Diktion, übertragen auf die Spezifika der Europäischen Union und z.T. abgeleitet aus Erörterungen gesamtwirtschaftlicher Zielfunktionen<sup>128</sup> sind diese Funktionen und Nutzeffekte des Außenhandels auch in jedem 'bürgerlichen' Lehrbuch über den Außenhandel zu finden. Die grundlegenden Unterschiede zwischen 'bürgerlichem' und 'sozialistischem' Außenhandel ergeben sich aus der Einordnung des Außenhandels in die zentralistische Property-Rights-Struktur. Mittels des Außenhandels- und Devisenmonopols des Staates erfolgt die detaillierte Einbindung des Außenhandels in die zentrale Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die damit korrespondierende Organisation und Abwicklung über die Außenhandelsbetriebe sichert, daß die zentral vorgegebenen Ziele der Staats- und Parteiführung auch im Außenhandel durchgesetzt werden.

Spezifisch für die sozialistische Auffassung vom Außenhandel ist, daß bei Verwirklichung der Funktionen noch weitere "Hauptaspekte zu beachten" sind. Deren wichtigster ist, daß "im Entscheidungsprozeß über außenwirtschaftliche Projekte jeweils die gesamtwirtschaftlichen Interessen den Vorrang haben." Zwar treten die ökonomischen Nutzeffekte "auf den einzelnen Ebenen der Volkswirtschaft (Betrieb/Kombinat, Bereich, gesamte Volkswirtschaft) in spezifischer Weise in Erscheinung", vor allem aber sind sie "Bestandteil der umfassenden Effektivität der sozialistischen Volkswirtschaft und *müssen in das Gesamtsystem der Effektivitätswirkungen und in die planmäßige Leitung der Effektivitätsentwicklung eingeordnet werden.*"<sup>129</sup>

Als Bedingungen für die Realisierung der ökonomischen Nutzeffekte lassen sich zwei grundlegende Postulate formulieren:

1. Die höchste *Effektivität auf den einzelnen Ebenen* wird erreicht, wenn "die mit der Planungsdurchführung betrauten Betriebe möglichst weitgehend in Übereinstimmung mit ihren kostenmäßigen Vorzügen wirtschaften" können.<sup>130</sup>
2. Die *umfassende Effektivität der sozialistischen Volkswirtschaft* wird erreicht, wenn die SPK entsprechend der Zielvorgaben der Staats- und Parteiführung "die verfügbaren Produktionsfaktoren so einsetzt, daß die mit ihrer Nutzenvorstellung bewerteten Güter das höchstmögliche Sozialprodukt ergeben."<sup>131</sup>

In diesem und dem folgenden Abschnitt wird gezeigt, daß die DDR aufgrund außenwirtschaftstheoretischer Defizite und aufgrund fehlerhafter, politisch bedingter Festlegungen in der Praxis des Außenhandels (Abschnitt 3.7.) und der Währungspolitik (Abschnitt 3.8.) diese beiden Postulate nicht verwirklichen konnte.

#### 3.7.1.2. Das Außenhandelsmonopol des Staates

Welche Ziele auch immer im Zielkatalog der Führung obenan stehen mögen, die wesentliche Bedingung zu ihrer Durchsetzung ist das Außenhandelsmonopol. Ein von außenwirtschaftlichen Zwängen möglichst ungestörter Einsatz der Produktionsfaktoren entlang des zentral festgelegten Zielkatalogs ist für die zentrale Lenkungsinstanz nur möglich, wenn sie uneingeschränkte Verfügungsrechte über alle importierten und exportierten Güter und alle grenzüberschreitenden Geld- und Kreditströme hat und so die außenwirtschaftliche Flanke der Zentralverwaltungswirtschaft absichern kann. Um "Widersprüche zum gesamtwirtschaftlich vorherrschenden Lenkungs-, Anreiz-, Kontroll- und Informationssystem zu vermeiden"<sup>132</sup> und

---

<sup>128</sup> Vgl. Berg 1990, S. 455ff

<sup>129</sup> Faude e.a. 1984, S.40f

<sup>130</sup> Schüller 1973, S. 164

<sup>131</sup> Schüller 1973, S. 167

<sup>132</sup> Schmidt 1985, S. 124

diese Absicherung durchzusetzen, ist das (faktische) Außenhandels- und Valutamonomols des Staates unerlässlich.

Das staatliche Außenhandels- und Valuta- bzw. Devisenmonopol wurde zwar erst relativ spät - mit dem Gesetz über den Außenhandel der DDR vom 9.1.1958 -- formal institutionalisiert, und es wurde erst 1968 in der Verfassung der DDR verankert, aber de facto bestand das Monopol bereits seit 1949, als das entsprechende Korsett von Durchführungsbestimmungen und -verordnungen von der sowjetischen Besatzungsmacht übernommen wurde. "Die bestehenden totalen Bewirtschaftungsvorschriften, die für jede Warenbewegung mit Genehmigungen verknüpft und durch scharfe Wirtschaftsstrafsanktionen abgesichert waren, aber nicht minder die Devisenkontrolle durch die verstaatlichten Banken bewirkten de facto denselben Zustand, wie er de jure bei der Ausbringung eines formellen staatlichen Außenhandelsmonopols bestanden hätte".<sup>133</sup>

Die offiziöse, ideologische Begründung für das umfassende staatliche Außenhandelsmonopol leitete sich aus zwei wesentlichen Funktionen ab. Diese "wechselseitig miteinander verbundenen Funktionen (waren) darauf gerichtet,

1. die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung, insbesondere der sozialistischen ökonomischen Integration, bestmöglich für ein stabiles und dynamisches Wirtschaftswachstum des Landes zu nutzen und dabei die Impulse der Außenmärkte progressiv in der eigenen Produktion wirksam zu machen;
2. die Wirtschaft vor schädlichen Einflüssen der krisenhaften, labilen Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes sowie vor Manipulationen imperialistischer Kreise weitestgehend zu schützen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit des sozialistischen Landes zu gewährleisten."<sup>134</sup>

Der wahre wirtschaftspolitische Grund für die Errichtung des Außenhandelsmonopols ist jedoch darin zu sehen, daß allein dieses Monopol gewährleistet, "daß sich die auf Auslandsmärkten anzutreffenden Preisstrukturen nicht in unerwünschter Weise binnenwirtschaftlich auswirken" und über ungeplante und unerwünschte Mengenreaktionen der In- und Ausländer "die teils politisch intendierte, teils ungewollt 'verzerrte' Struktur der Binnenpreise" aushebeln und zerstören.<sup>135</sup>

Hiervon nur schwer zu trennen war die *machtpolitische Komponente des Außenwirtschaftsmonopols*. In dieser Hinsicht bestand seine "wichtigste Aufgabe darin, das Eigeninteresse der Menschen und den Wettbewerb um die Wahrnehmung von Eigeninteressen und seine freiheitlichen Wirkungen nach innen völlig und nach außen soweit wie möglich zu beschränken", um auf diesem Wege auch eine "Nationalisierung des Menschen"<sup>136</sup> zu erreichen, die es dem Regime erleichterte, sein Machtstreben zu verwirklichen.<sup>137</sup>

---

<sup>133</sup> Zieger 1986, S. 28

<sup>134</sup> Faude e.a. 1984, S. 50

<sup>135</sup> Schmidt 1985, S. 124

<sup>136</sup> Röpke 1950, S. 241ff, zitiert nach: Schüller 1980, S. 7f

<sup>137</sup> Vgl. Schüller, 1980, S. 7f.

Hierbei schützt das Außenwirtschaftsmonopol "das sozialistische Regime vor dem Einfluß konkurrierender politischer Meinungen und Informationen, [unterbindet] den Import freier Meinungen und Informationen und [kann so] insgesamt durch die Abschaffung der individuellen wirtschaftlichen Freiheiten um so ungestörter über die politische Freiheit der Bürger bestimmen."

### 3.7.1.3. Die spezialisierten Außenhandelsbetriebe als "Puffer" zwischen In- und Ausland

Die zentralisierten Property-Rights-Strukturen der DDR hatten ihre außenwirtschaftliche Komponente in der Organisation und Abwicklung des Außenhandels: Er unterstand dem Ministerrat, der zwar über die ihm zugeordnete SPK die Integration des Außenhandels in die gesamtwirtschaftlichen Zielvorstellungen sicherte, aber seine Organisation, Abwicklung und Überwachung an das Ministerium für Außenhandel delegierte.

An den ausländischen Märkten waren ausschließlich waren die dem MAH unterstellten Außenhandelsbetriebe (AHB) tätig. Diesen Betrieben wie auch dem gesamten MAH gehörten - aufgrund der exponierten Stellung gegenüber den tatsächlichen oder vermeintlichen Verlockungen des Kapitalismus -- besonders ausgewählte, politisch als unbedingt zuverlässig geltende Kader an<sup>138</sup>. Die auf bestimmte Warengruppen, z.T. zusätzlich innerhalb der Warengruppe auf den SW oder NSW spezialisierten Betriebe waren für die Sammlung von Informationen über den spezifischen Auslandsmarkt zuständig und erstellten in Abständen Marktanalysen und Anforderungsprofile für die Orientierung der produzierenden Betriebe. Die AHB allein waren verantwortlich für die "Artikulation und Realisierung der marktwirksamen Importnachfrage und des Exportangebots"<sup>139</sup>, auch die Abwicklung des Zahlungsverkehrs verlief über sie bzw. die Deutsche Außenhandelsbank. Damit nahmen die AHB eine Art Pufferstellung zwischen Binnen- und Außenwirtschaft ein, insbesondere als die währungstechnische Seite der Transaktionen im Handel sowohl mit dem SW als auch mit dem NSW ab den frühen siebziger Jahren immer komplizierter wurde.<sup>140</sup>

Anfang der achtziger Jahre wurde "der in dreißig Jahren verkrustete, unflexibel zentralistisch aufgebaute Außenhandelsapparat"<sup>141</sup> unter dem Eindruck der angespannten Zahlungsbilanzlage und dem Zwang zu größerer Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und besserer Marktarbeit zum Teil dezentralisiert und das strikte Außenhandelsmonopol qua Vertragsrecht etwas gelockert: Die bis dahin strikt dem MAH unterstellten AHB erfuhren eine "Teileinordnung in die Kombinate", für deren Waren- und Lieferprogramme sie verantwortlich waren.<sup>142</sup> Zum Teil konnten die inländischen Betriebe und Kombinate, insbesondere sogenannte "Exportförderbetriebe", Verträge über Lieferung und Bezug von Waren mit internationalen Partnern abschließen, versierte Angehörige der Verkaufsabteilungen der Betriebe und Kombinate -- politische Zuverlässigkeit vorausgesetzt -- konnten bzw. mußten (bei Anlagengeschäften) zumindest bei den Verkaufsgesprächen mit anwesend sein.<sup>143</sup> Die finanziellen Transaktionen wurden weiterhin in jedem Fall über die AHB abgewickelt.<sup>144</sup>

### 3.7.1.4. Zusätzliche Barrieren und Hemmnisse im Außenhandel

Neben der organisatorischen und finanziell-kalkulatorischen Pufferstellung der AHB gab es für die Mitarbeiter der AHB und für die ebenfalls im Außenhandel tätigen Mitarbeiter der Kombinate weitere systembedingte Barrieren und Hemmnisse im Außenhandel mit dem NSW, die zwar nicht quantifizierbar sind, aber deren Auswirkungen vom Verfasser (nach entsprechenden Aussagen von ehemaligen Mitarbeitern der Textil- und Bekleidungsindustrie der DDR) dennoch als beträchtlich angenommen werden:

<sup>138</sup> Diese politische Zuverlässigkeit korrelierte nach Angaben mehrerer Gesprächspartner nicht immer positiv mit den fachlich-kaufmännischen Fähigkeiten. Hierauf lassen auch wiederholte Klagen der Betriebs- und Kombinatdirektoren über unzureichende Marktarbeit sowie die diesbezüglichen Stimmen selbst aus dem MAH schließen.

<sup>139</sup> Schmidt 1985, S. 123

<sup>140</sup> Vgl. insbesondere Abschnitt 3.8.3.6

<sup>141</sup> Haendcke-Hoppe 1988, S.90

<sup>142</sup> Haendcke-Hoppe 1988, S.90

<sup>143</sup> Hierbei - so die Erfahrung eines Gesprächspartners - wurden oftmals die unzureichenden kaufmännischen Fähigkeiten der AHB-Mitarbeiter offengelegt, die sich dann angabegemäß mehr und mehr auf die politische Überwachung des Verkaufsgesprächs konzentrierten.

<sup>144</sup> Vgl. Haendcke-Hoppe 1988, S. 93

1. In der Intermediär-Stellung der DDR gegenüber dem weiter entwickelten Westen wäre der Informationsfluß zum Quellgebiet des technischen und modischen Fortschritts eigentlich unerläßlich gewesen. Zumindest die in ihren Reisemöglichkeiten eingeschränkten Mitarbeiter der Betriebe und Kombinate konnten jedoch Trends der internationalen Nachfrageentwicklung -- wenn überhaupt -- nur durch die vorherige Filterung durch die Kader der AHB und/oder das Modeinstitut der DDR erhalten. Dies bewirkte eine Verzögerung in der Angebotsausarbeitung, die gerade bei stark mode- und trendbeeinflussten Produkten wie höherwertiger Bekleidung und Textilien schwer wettzumachen war. An internationaler Lektüre war allein die reine, meist unpolitisch-technische Fachliteratur zugänglich, die aber Produktionsentwicklungen und Nachfragetrends auch nur *nachzeichnen* kann. Die direkte, kontinuierliche Marktbeobachtung durch die Betriebe und Kombinate und damit die Entwicklung eines Gespürs für sich abzeichnende zukünftige Nachfragetrends war schlechterdings unmöglich.<sup>145</sup>

Doch selbst die verbleibende, indirekte Beobachtung der Marktentwicklung im kapitalistischen Ausland litt, als in den achtziger Jahren unter dem Druck fehlender Devisen die finanziellen Mittel für "Auslandsdienstreisen [von Mitarbeitern des Modeinstituts der DDR ], speziell zu Messen und Ausstellungen in das NSW" verringert wurden und damit "wesentliche Voraussetzungen dafür, daß das Modeinstitut seiner Aufgabenstellung -- die Industrie und den Handel zu informieren und anzuleiten -- nachkommen kann", entfielen.<sup>146</sup>

2. Fast jedwede Tätigkeit im NSW-Außenhandel, die Kontakte zu Menschen aus dem kapitalistischen Ausland mit sich brachte, stand unter dem Odium der Kontrolle durch politisch zuverlässigere Mitarbeiter des MAH und damit der überwachten Unselbständigkeit, der Entmündigung durch den Staat.<sup>147</sup> Schon geringe Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit, z.B. aufgrund von Verwandtschaft im kapitalistischen Ausland waren Anlaß, direkte Kontakte und den grenzüberschreitenden fachlichen Diskurs zu untersagen.<sup>148</sup> In solchen Fällen mußten z.B. technische Fragen und Informationswünsche einem politisch zuverlässigen, aber eventuell fachlich nicht ausreichend qualifizierten Mitarbeiter schriftlich übermittelt werden, der sie dann dem Gesprächspartner stellte.<sup>149</sup>
3. Die stark restringierten Devisen und damit die eingeschränkte Verfügung über Spesen wiesen dem DDR-Verhandlungspartner bei den wenigen verbleibenden Möglichkeiten sozialer Kontakte oftmals die Rolle des Eingeladenen, des armen "Underdog" zu, was sich auf die Verhandlungsgespräche und wohl auch auf die Resultate ausgewirkt haben mag.
4. Speziell den älteren und erfahreneren Mitarbeitern der AHB und der Produktionsbetriebe in der Textil- und Bekleidungsindustrie der DDR war bewußt, daß ihre Industriezweige bis vor und unmittelbar nach dem II. Weltkrieg Produkte von Weltgeltung produziert hatten. Seitdem hatte sich indes die Qualitäts- und Innovationskluft zum kapitalistischen Ausland sukzessive vergrößert. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre gerieten die DDR-Produkte unter immer stärkeren Konkurrenzdruck speziell seitens der asiatischen Entwicklungsländer. Damit wuchs auch die Diskrepanz zwischen staatlich-ideologischem Postulat des entwickelten, fortschrittlichen Standes der Produktion und der Realität des Weltmarkts. Eine -- wie auch immer geartete -- "Corporate Identity" innerhalb des "Konzerns DDR" konnte daher nicht aus dem Bewußtsein der Produktqualität gespeist werden.

<sup>145</sup> In einem Interview erzählte einer der Gesprächspartner, daß die Leiterin einer Designabteilung eines Konfektionsbetriebs eine über 60jährige Mitarbeiterin als ihre "beste Modedesignerin" bezeichnete, weil diese in den Westen durfte und daher von allen Mitarbeitern den höchsten Grad der Marktnähe hatte.

<sup>146</sup> MfL/5776: Valuta-Jahrespläne 1983 der Kombinate und des Modeinstituts der DDR, Berlin 1983

<sup>147</sup> Erfahrung eines Gesprächspartners (L)

<sup>148</sup> Erfahrung eines Gesprächspartners (L)

<sup>149</sup> Erfahrung eines Gesprächspartners (F); vgl. auch die Anhörung des Zeitzeugen Eugen Riedel zum Thema "Der sozialistische Betrieb" in: Deutscher Bundestag 1993, S. 120

5. Den westlichen Verhandlungspartnern, speziell den westdeutschen Kaufhauskonzernen, waren die Mängel der Zentralverwaltungswirtschaft und die resultierenden Zwänge auf die Mitarbeiter der AHB und Betriebe bekannt. Insbesondere der Druck zur über den Plan auch terminlich detailliert vorgeschriebenen Erwirtschaftung von Devisen um jeden Preis versetzte die DDR-Verhandlungspartner in die schwächere Position und zwang ihnen eine defensive Verhandlungsstrategie auf, während die Möglichkeit des Bezugs der Ware aus den Entwicklungsländern und die damit gebotene Flexibilität dem westlichen Verhandlungspartner ein starkes Druckpotential verschaffte.<sup>150</sup>

### **3.7.2. Absolute und komparative Vorteile im Außenhandel der Zentralverwaltungswirtschaft**

Die Verwirklichung der allgemeinen und der spezifischen, mit dem Außenhandel verbundenen Ziele bezüglich der Gesamteffektivität, z.B. "der Absicht, über eine erhöhte Außenhandelsrentabilität die 'Weltmarktfähigkeit' zu erreichen, setzt voraus, daß geeignete Maßstäbe zur Beurteilung der Effizienz und damit zur Auswahl der besten Planvarianten aus dem Potential der denkbaren verfügbar sind."<sup>151</sup>

Anfang der sechziger Jahre<sup>152</sup> hatte die sozialistische Wirtschaftswissenschaft entdeckt, daß das Theorem des komparativen Vorteils von Ricardo "Elemente [enthalt], die bürgerlichen Ökonomen in apologetischer Weise dazu dienen, eine einseitig die Interessen der entwickelten kapitalistischen Länder berücksichtigende internationale Arbeitsteilung zu begründen."<sup>153</sup> Die Wissenschaftler stellten aber auch fest, daß das Theorem daneben einen "rationellen Kern" habe, der systemübergreifend gültig sei. Dadurch wurden diese Maßstäbe auch für die Außenhandelsbeziehungen der sozialistischen Länder verfügbar: "Die Funktionen des Außenhandels sind mit der Ausnutzung absoluter und komparativer Vorteile aus der internationalen Arbeitsteilung verbunden".<sup>154</sup>

"Die internationale Arbeitsteilung stellt wie jede Arbeitsteilung eine zusätzliche Produktionskraft dar. Ihre Ausnutzung ermöglicht es, im Gesamtmaßstab der nationalen Produktion die Arbeitsproduktivität zu steigern, indem auf die Herstellung der Erzeugnisse verzichtet wird, die in anderen Ländern mit höherer Produktivität hergestellt und aus diesen Ländern importiert werden können, und die nationale Wirtschaft sich auf die Herstellung der Erzeugnisse konzentriert, die mit einer über dem internationalen Durchschnitt liegenden Produktivität hergestellt und zum Teil exportiert werden können. (...) Bei der Ausnutzung des Außenhandels als zusätzliche Akkumulationsquelle bzw. zur Vergrößerung des Nationaleinkommens handelt es sich um die bewußte Ausnutzung einer objektiven Möglichkeit" zur Erzielung von direkten ökonomischen Nutzeffekten des Außenhandels, die "sowohl aus absoluten als auch aus komparativen Kostenvorteilen resultieren."<sup>155</sup>

Diese objektive Möglichkeit ergibt sich aber nicht zwangsläufig, sondern "fordert eine bewußte Gestaltung des Außenhandels (...): Ein Wertgewinn für die nationale Volkswirtschaft und damit eine Erhöhung des Nationaleinkommens kann sich nur dann ergeben, wenn beim Export der nationale Wert geringer ist als der internationale Wert und umgekehrt, beim Import der internationale Wert geringer als der nationale Wert. Daraus ergibt sich, daß -- wenn diese

<sup>150</sup> Erfahrung eines Gesprächspartners (L)

<sup>151</sup> Schüller 1973, S. 163

<sup>152</sup> Vgl. Blessing 1984, S. 21

<sup>153</sup> Vgl. auch die Darstellung bei Schüller 1973, S. 164-166. Die theoretische Gültigkeit des Theorems der komparativen Vorteile war allerdings bis zum Ende der DDR nicht unumstritten. Vgl. auch Grote/Kühn 1986, Forner 1987

<sup>154</sup> Faude e.a. 1984, S. 164ff

<sup>155</sup> Weichsel 1967, S. 22f

Bedingungen bei einzelnen Außenhandelsgeschäften oder insgesamt nicht gewährleistet sind -- auch Wertverluste und damit eine Verringerung des Nationaleinkommens auftreten können."<sup>156</sup> Mit der Entdeckung des "rationellen" Kerns des Theorems der komparativen Kosten "wurde auch der wissenschaftliche Beweis erbracht, daß die Außenhandelsbetriebe eines sozialistischen Landes nicht den nationalen (volkswirtschaftlichen) Wert der Exporterzeugnisse, sondern immer deren internationalen Wert realisieren müssen"<sup>157</sup>, denn nur über den internationalen Wert wird der komparative bzw. absolute Kostenvorteil des Inlandes gegenüber dem Ausland tatsächlich erwirtschaftet.

Die idealisierte Entscheidungssituation der Staatlichen Plankommission zur Gestaltung des Außenhandels der DDR zur Realisierung der absoluten und komparativen Kostenvorteile zeigt der folgende schematische Vergleich der Export- und Importrentabilitäten bestimmter Warengruppen<sup>158</sup>:

| Ware | Exportrentabilität | Importrentabilität<br>(reziprok) | Austauschverhältnis<br>(Export-/Importrentab.) |
|------|--------------------|----------------------------------|------------------------------------------------|
| 1    | $200/100 = 2,0$    | $200/400 = 0,50$                 | $2,00/0,50 = 4,00$                             |
| 2    | $150/100 = 1,5$    | $150/300 = 0,50$                 | $1,50/0,50 = 3,00$                             |
| 3    | $120/100 = 1,2$    | $120/180 = 0,67$                 | $1,20/0,67 = 1,80$                             |
| 4    | $100/100 = 1,0$    | $100/150 = 0,67$                 | $1,00/0,67 = 1,50$                             |
| 5    | $80/100 = 0,8$     | $80/120 = 0,67$                  | $0,80/0,67 = 1,20$                             |
| 6    | $70/100 = 0,7$     | $70/105 = 0,67$                  | $0,70/0,67 = 1,05$                             |
| 7    | $60/100 = 0,6$     | $60/100 = 0,60$                  | $0,60/0,60 = 1,00$                             |
| 8    | $60/100 = 0,6$     | $60/90 = 0,67$                   | $0,60/0,67 = 0,89$                             |

Die SPK wird nach diesem Schema, dem im Import und Export annahmegemäß paarweise gleiche Wertvolumina zugrundeliegen, die Warenpaare 1 bis 6 austauschen, da -- ablesbar am Austauschverhältnis -- bis einschließlich dem sechsten Paar die direkten Vorteile aus dem Import die Nachteile aus dem Export überkompensieren. Auch das Paar 7 könnte noch ohne Verluste getauscht werden, da sich die Ex- und Importrentabilitäten genau ausgleichen. Beim Ex- und Import des Warenpaars 8 entstünden der Volkswirtschaft "direkte" ökonomische Verluste.

Dieser Sachverhalt läßt sich graphisch demonstrieren, indem -- vergleiche Abbildung 3-3 -- die Import- und Exportwertvolumina in Abhängigkeit von den Kostenunterschieden gegenüber dem Ausland dargestellt werden.<sup>159</sup>

Anhand der Kostendisparitäten, d.h. durch Vergleich des Produktionsaufwands bei Eigenproduktion mit dem Exporterlös bzw. mit dem Importaufwand, ermittelt die SPK die möglichen Gesamtvolumina der Exporte und Importe für die jeweiligen Güter:

Dabei sinkt der absolute Außenhandelsgewinn, den das importierende Land bei der Einfuhr von Gütern erreichen kann, mit dem Verhältnis aus eigenem Produktionsaufwand und Importaufwand, d.h. die "Importkurve"<sup>160</sup> sinkt mit den Kostendisparitäten.

<sup>156</sup> Weichsel 1967, S. 22

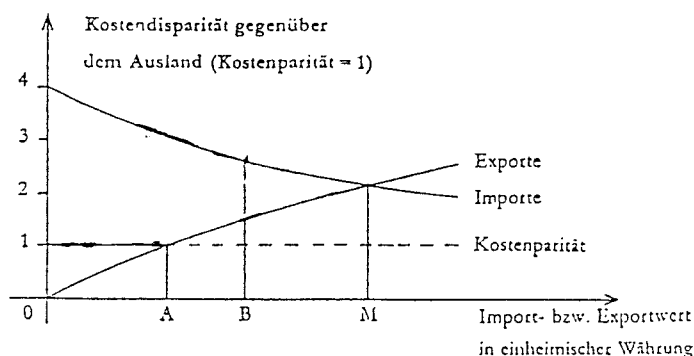
<sup>157</sup> Blessing 1984, S. 21

<sup>158</sup> Diese Darstellung entstammt dem Aufsatz "Die Importrentabilität im System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft", Maier/Faude 1963, S. 6ff. Dem Schema liegen einheitliche Mengen zugrunde.

<sup>159</sup> Vgl. Heuß 1955, S. 191, bzw. Schüller 1973, S. 170

<sup>160</sup> "Importkurve" und "Exportkurve" sind in der Realität unstetig und treppenförmig, da sie aus einer Im- bzw. Exportgüterreihe von Volumina der einzelnen, jeweils geplanten bzw. abgeschlossenen Geschäfte resultieren.

**Abbildung 3-3: Import- und Export-Kostendisparitäten und Ermittlung des optimalen Außenhandelsvolumens**



Die "Exportkurve" hingegen wächst mit der Kostendisparität zwischen In- und Ausland: Bis zum Punkt A/1 übersteigt der Exporterlös auf dem Weltmarkt die inländischen Produktionsaufwendungen absolut. Jenseits dieses Punktes sollte die Plankommission nur solange exportieren, wie sie für die Exporterlöse Importgüter erhält, "für welche sie bei Eigenproduktion Aufwendungen machen müßte, die höher sind als die für die entsprechenden Exporte."<sup>161</sup>

Bis zum Schnittpunkt M übersteigen die Kostendisparitäten bei den Importen die Kostendisparitäten der Exporte. Damit bezeichnet der Punkt M aufgrund der Volumensbetrachtung eine sehr spezielle Situation, nämlich die "Bedingung für das Maximum an möglicher Sozialproduktsteigerung durch Einbeziehung der Außenwirtschaft und unter Annahme eines alle Güter umfassenden (totalen) komparativen Kosten-Preisvergleichs"<sup>162</sup> bei gleichzeitigem Ausgleich der Handels-(und Dienstleistungs-)bilanz.

Dies bedeutet, daß auch eine Situation denkbar ist, in welcher sich die beiden Kurven in M schneiden, aber noch weitere Export- und/oder Importgeschäfte rechts von M abgeschlossen werden, oder eine Situation, in der ein Schnittpunkt der beiden Kurven zwar theoretisch existiert, aber nicht notwendigerweise realisiert wird. Auch in dieser Situation sind noch weitere Export- oder Importgeschäfte möglich. Beide Situationen sind allerdings dadurch gekennzeichnet, daß die rechts vom (realisierten oder nur theoretischen) Schnittpunkt M abgeschlossenen Geschäfte für das Land *absolute* Verluste aus dem Außenhandel bedeuten. Diese Verluste müssen durch Veränderungen der Kapitalbilanz ausgeglichen werden, d.h. durch Abfluß von Kapital ins Ausland bzw. durch Aufnahme von Krediten.

Aus Abbildung 3-3 geht einerseits hervor, daß das Maximum an Sozialproduktsteigerung von der Ausschließlichkeit des Besitzes und günstigen Ausbeutungsbedingungen international nachgefragter Rohstoffe, vom produktionstechnologischen Stand und der Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes im Vergleich zum Ausland abhängt, die im Verlauf der beiden Kurven dokumentiert werden<sup>163</sup>.

<sup>161</sup> Heuß 1955, S. 194, zitiert nach Schüller 1973, S. 169

<sup>162</sup> Schüller 1973, S. 170

<sup>163</sup> Ein Verlauf der "Exportkurve" lange unterhalb oder in der Nähe der Kostenparität zeigt an, daß das Land ein breites Spektrum kostengünstig produzierter, komplementärer Produkte anbieten kann, für die auf dem Weltmarkt nur wenige

Zum anderen ist einsichtig, daß der Kostenvergleich immer schwieriger wird, je kleiner die Kostendisparitäten für die Importe sind, also je näher die Importkurve an M ist, und je weiter sich die Exportkurve von A in Richtung M entfernt, da in dieser Region grobe Maßstäbe der Außenhandelsrentabilität für den Vergleich nicht mehr ausreichen. Daher ist es für das Erreichen des Maximums ungemein wichtig, "wie umfassend und genau die Zentrale in der Lage und bereit ist, den Kostenvergleich zwischen binnen- und außenwirtschaftlicher Arbeitsteilung durchzuführen."<sup>164</sup>

Die erfolgreiche Einbindung der DDR in den Außenhandel sowohl mit dem SW als auch mit dem NSW hing daher von der erfolgreichen Bewältigung *zweier fundamentaler Aufgaben* ab, nämlich

1. ob es den für den Außenhandel verantwortlichen Gremien im Rahmen der herrschenden Property-Rights-Struktur und mit Hilfe der Regelungen der WRF auf dem Gebiet des Außenhandels gelang bzw. überhaupt gelingen konnte, die Betriebe zur Entwicklung im internationalen Vergleich rentabler Produkte zu "stimulieren",
2. ob die Staatliche Plankommission, das Ministerium für Außenhandel, die verantwortlichen Zweigministerien und die Außenhandelsbetriebe die Rentabilität der Einzelprodukte im Export und Import *am internationalen Standard* messen konnten, und ob die Rentabilitätswerte untereinander überhaupt vergleichbar waren, so daß die SPK imstande war, den Vergleich auch für die Bereiche der Export- und Importkurve nahe an M durchzuführen.

Wenn die mit der Durchführung des Außenhandels beauftragten Stellen diese Vergleiche am Maßstab des internationalen Standards nicht korrekt erstellen können, weil die inländischen Preisbildungsprinzipien dies nicht zulassen, z.B. weil nicht alle Kostenkomponenten in ihrem wahren Ausmaß enthalten sind, oder weil die Wechselkursfestsetzung fehlerhaft ist, so ist denkbar, daß im Außenhandel Geschäfte rechts des realen Schnittpunkts M getätigt werden, während sich die Verantwortlichen noch in einer Situation links von M wähnen. Falls diese Situation langfristig anhält, ist der Außenhandel ein (unbemerkt) Nettoverlustbringer; der inländische Kapitalstock wird sukzessive aufgezehrt, der Gegenwert dieser Kapitalstockentwertung wird in Form unterbezahlter Waren oder Dienstleistungen ins Ausland transferiert.<sup>165</sup>

### 3.7.3. Das Problem der Rentabilitätsermittlung im Außenhandel der DDR

#### 3.7.3.1. Relevanz und Problematik der Rentabilitätsermittlung

Die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Relevanz korrekter Rentabilitätsmessungen für fundierte Aussagen über die Effizienz der verschiedenen Ebenen, für volkswirtschaftlich korrekte Strukturentscheidungen betreffend die Industriezweigstruktur und für die Begründung der Durchführung von Innovationen und Investitionen war in der DDR theoretisch unumstritten.<sup>166</sup>

Auch für "fundierte Entscheidungen bei der Planung und Durchführung des Außenhandels" wurden in der DDR außenhandelspezifische Rentabilitätskennziffern gebildet, die konkrete Angaben über die ökonomischen Nutzeffekte der einzelnen Export- und Importgeschäfte<sup>167</sup> ermöglichen sollten, denn "die falsche ökonomische Aussage der Kennziffern über die

---

Wettbewerber auftreten. Ein relativ nah aneinanderliegender Verlauf von "Export-" und "Importkurve" zeigt an, daß sich das Land auch im Bereich höherer Intensitäten des Wettbewerbs um den Export substitutiver Güter mit geringen Kostendisparitäten erfolgreich behaupten kann.

<sup>164</sup> Schüller 1973, S. 169

<sup>165</sup> Einer der Gesprächspartner (F) kennzeichnete diese Situation mit dem Ausdruck, daß die DDR "ihr Familiensilber verschleudert" bzw. "ihr Saatgut verfressen habe".

<sup>166</sup> Vgl. Faude e.a. 1984, S. 158ff.

<sup>167</sup> Faude e.a. 1984, S. 175

Rentabilität des Außenhandels führt zu falschen Schlußfolgerungen für die Planung und Durchführung der Außenhandelstätigkeit."<sup>168</sup>

Die Bildung korrekter und aussagefähiger Rentabilitätskennziffern erwies sich jedoch angesichts der systemimmanenten Brüche des Systems insbesondere auf dem Gebiet der Preisbildung als unmöglich; das Problem, korrekte Rentabilitätskennziffern für Export- und Importentscheidungen zu bilden, die den Bruch der Preisbildung zu beheben in der Lage waren, zieht sich wie ein roter Faden durch die Beschlüsse der verantwortlichen Gremien der Staats- und Parteiführung, durch die Arbeit der leitenden Mitarbeiter der Ministerien und durch die theoretischen Debatten der DDR-Wirtschaftswissenschaft.<sup>169</sup>

Dies überrascht nicht, denn die Bedeutung dieses Problems nahm laufend zu, je mehr sich die Strukturen des DDR-Außenhandels veränderten:

Zu Beginn der DDR, Ende der 40er und während der 50er Jahre herrschte eher "das traditionelle Dogma des eingeschränkten [komplementären] Außenhandels zwischen den RGW-Staaten"<sup>170</sup> vor: "Der Import hatte in dieser Periode die vordringliche Aufgabe, bestehende Defizite auszugleichen sowie die Produktion und die Konsumtion auf einem bestimmten Niveau überhaupt erst zu ermöglichen."<sup>171</sup> Der Export war in diesem Kalkül eher eine notwendige, passive und nicht stark geförderte Größe zum Zweck des Handels- bzw. Zahlungsbilanzausgleichs. Aufgrund dieser Überlegungen wurde "das Außenhandelsvolumen meist weit vor dem Punkt M abgebrochen" (Vgl. Abbildung 3-3) und damit auf den Bereich großer Kostendisparitäten beschränkt, zu deren Feststellung "grobe Maßstäbe der Außenhandelsrentabilität ausreichten."<sup>172</sup>

Obwohl das Problem unzureichender Rentabilitätskennziffern und die Gefahr darauf aufbauender falscher strukturpolitischer Entscheidungen bereits in den fünfziger und sechziger Jahren bekannt war und Anlaß zu Klage gab<sup>173</sup>, erscheint es doch gerechtfertigt, im folgenden im Bereich des Außenhandels schwerpunktmäßig den Zeitraum seit Beginn der siebziger Jahre zu untersuchen, denn "mit fortschreitender Entwicklung der sozialistischen Volkswirtschaft" der DDR gewann der "substitutive Außenhandel an Gewicht. (...) Gleichzeitig [vollzog] sich damit immer mehr der Übergang zu einem exportorientierten Wachstum der Volkswirtschaft."<sup>174</sup>

Der DDR-Außenhandel gelangte damit seit Beginn der siebziger Jahre in den Bereich geringerer Kostendisparitäten, "in einen Bereich also, in dem unter Freihandelsbedingungen die Wettbewerbsintensität wesentlich höher ist und ungleich größere Anforderungen an die

<sup>168</sup> Beschluß des PB des ZK der SED vom 14.7.1964 und des MR vom 13.8.1964 über die "Schaffung eines nach Währungsgebiete differenzierten Systems von Exportprämien und Importaufschlägen", DN1/VS 06/84

<sup>169</sup> Vgl. u.a. Seidel 1963, S. 238-243; Maier/Faude 1963, S. 6ff.; Blessing 1984

<sup>170</sup> Schüller 1973, S. 163

<sup>171</sup> Faude e.a. 1984, S. 163f

<sup>172</sup> Schüller 1973, S. 170

<sup>173</sup> So wurde nach Blessing (1984) schon "Anfang der sechziger Jahre auf den Umstand hingewiesen, daß die inländischen Industriepreise, die in die Berechnung der Kennziffern der Außenhandelsrentabilität eingehen, öfter im starken Maße vom gesellschaftlichen Aufwand abweichen. Demzufolge sind in den Kennziffern Verzerrungen enthalten, die zu ökonomisch falschen Schlußfolgerungen führen können." Die damaligen "Erfahrungen ... lehr[t]en, daß Rentabilitätsrechnungen auf Basis der tatsächlichen Preise und Kosten für die Vorbereitung von Leitungsentscheidungen erforderlich sind, z.B. für Strukturverbesserungen oder zur Qualifizierung der Valutapreisarbeit."

<sup>174</sup> Als "komplementäre" Güter sind in diesem Zusammenhang Güter zu verstehen, die "aus geologischen, klimatischen oder anderen natürlichen sowie aus dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte resultierenden Gründen" im eigenen Land nicht oder nicht in ausreichendem Maße produziert werden können. Im Gegensatz dazu sind "substitutive" Güter solche, die in jedem Land produziert werden können. Faude e.a. 1984, S. 163

Transformationskapazität einer Volkswirtschaft stellt als im Bereich der hohen Kostendisparitäten mit dominierendem komplementären Güteraustausch".<sup>175</sup>

Die Beantwortung der "entscheidenden Frage", ob denn "die Austauschergebnisse bei Freihandel, an denen sich die Staatshandelsländer in der Absicht einer stärkeren Ökonomisierung ihrer Binnenwirtschaften [im Falle der DDR insbesondere seit Beginn der siebziger Jahre] orientieren, ohne die konstituierenden Prinzipien freiheitlicher Wirtschaftssysteme überhaupt erkennbar und nachhaltig erreichbar sind"<sup>176</sup>, wurde damit immer drängender.

### 3.7.3.2. Die im Außenhandel der DDR verwendeten Rentabilitätskennziffern

Ende 1968<sup>177</sup> führte ein "Beschluß des Präsidiums des Ministerrats über die Grundsätze für die Messung der Rentabilität des Exportes" neue Rentabilitätskennziffern für den Export ein, die ab der Planperiode 1969 als "für die gesamte Volkswirtschaft verbindlich" erklärt wurden<sup>178</sup>:

"Grundlage für aussagefähige Kennziffern der Exportrentabilität ist die exakte Messung des volkswirtschaftlichen Inlandsaufwands, der für die Herstellung und den Absatz der Exporterzeugnisse notwendig ist, sowie des auf den Auslandsmärkten für die Erzeugnisse erzielten Valutaerlöses."

1. Bei "volkswirtschaftlichen Vergleichen und Berechnungen" war die Kennziffer der Exportrentabilität "auf allen Ebenen der Volkswirtschaft" nach der folgenden Formel zu ermitteln:

$$\text{REP} = \frac{\text{Valutagegenwert} + \text{Richtungskoeffizient}}{\text{Inlandspreis (IAP od. BP)} + \text{Handelsspanne}}$$

Als Maß für den Inlandsaufwand dienten die "Industriepreise (ohne Produktionsabgabe), die sich aus der Industriepreisreform, aus der Anwendung fondsbezogener Preis und der normativen Regelung für die planmäßig Änderung von Industriepreisen ergeben."<sup>179</sup> Die Handelsspanne wurde als Summe der Frachtkosten innerhalb der DDR sowie der Exportverpackung definiert<sup>180</sup>.

Als Valutagegenwert (VGW) galt der "Valutaerlös der Exporterzeugnisse frei Grenze DDR, umgerechnet in Valutamark zum internen Devisenumrechnungskoeffizienten (Basis 1Rbl = 4,67 Mark bzw. 1 USD = 4,20 Mark)."<sup>181</sup>

Aus währungspolitischen Gründen (Vgl. Abschnitt 3.7.2.6.) mußte diese Rentabilitätskennziffer ab 1971 für jedes Produkt nach SW und NSW getrennt geplant und berechnet werden. Die entsprechenden Definitionen<sup>182</sup> lauteten:

$$\text{REP}_{\text{SW}} = \frac{\text{Valutagegenwert}}{\text{Industrieabgabepreis} + \text{Handelsspanne des AHB}}$$

<sup>175</sup> Schüller 1973, S. 172

<sup>176</sup> Schüller 1973, S. 172. Im zitierten Text wird dieser Sachverhalt als Frage gestellt und anschließend verneint.

<sup>177</sup> Zur Problematik in den Jahrzehnten davor vergleiche Thiele 1958, S. 39-51, sowie Blessing 1984, S. 19f

<sup>178</sup> DN1/VS 08/83, Dok. Nr. 67

<sup>179</sup> DN1/VS 08/83, Dok. Nr. 67

<sup>180</sup> Zur Höhe der Handelsspannen für 1969/70 vgl. MAH/5092/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Zur Problematik...", Anl. 4

<sup>181</sup> DN1/VS 08/83, Dok. Nr. 67

<sup>182</sup> Diese Definitionen wurden der Akte DL-2/1360 des Ministeriums für Außenhandel entnommen, die zum Zeitpunkt der Erstellung als VVS (Vertrauliche Verschlusssache) und noch bis 1987 als NfD (Nur für den Dienstgebrauch) gesperrt war. Dem Verfasser ist keine öffentlich zugängliche Publikation bekannt, in der die Richtungskoeffizienten explizit erwähnt oder erklärt wurden. Auch die genannten "Kennziffern der Exportrentabilität [waren] nur intern als Führungsinformationen entsprechend den gesetzlichen Geheimhaltungsbestimmungen aufzubereiten und zu verwenden." Vgl. DN1/VS 08/83

bzw.

$$REP_{NSW} = \frac{\text{Valutamarkerlös} + \text{Richtungskoeffizient}}{\text{Industrieabgabepreis} + \text{Handelsspanne des AHB}}$$

2. "Für die Zwecke der betrieblichen Planung und die Plandurchführung" sollten Exportbetriebe und Außenhandelsbetriebe zusätzlich "eine Kennziffer zum Vergleich der [Selbst-]Kosten mit den Weltmarktpreisen" ermitteln, die Exportrentabilität auf der Basis der Selbstkosten:

$$RES = \frac{\text{Valutagegenwert} + \text{Richtungskoeffizient}}{\text{Selbstkosten} - \text{Exportrückvergütung} + \text{Handelsspanne des AHB}}$$

3. Daneben wurde die Ermittlung der "Devisenertragskennziffer Export" (DE) vorgeschrieben, die "lediglich den Devisenerlös und den Betriebspreis der Exporte miteinander vergleicht."<sup>183</sup> Der Devisenerlös wurde nicht -- per Valutamark und Richtungskoeffizient -- umgerechnet, damit wurden (vulgo) Äpfel und Birnen verglichen
4. Für die Untersuchung der Rentabilität der Importe der DDR wurde analog zur Kennziffer REP die Kennziffer RIP

$$RIP = \frac{\text{Erlös im Inland (Importabgabepreis)}}{\text{Aufwand frei Grenze DDR (cif) + Handelsspanne des AHB}}$$

gebildet, die die Rentabilität des Imports auf Basis der geltenden Inlandspreise widerspiegeln sollte. Bei der Ermittlung dieser Importrentabilitätskennziffer mußten daher die verschiedenen Ausprägungen der Preisbildungsprinzipien der Importabgabepreise für Konsumgüter bzw. für Produktionsmittel beachtet werden.<sup>184</sup>

### 3.7.3.3. Definitiorische Mängel der Rentabilitätskennziffern

Aus Sicht der umfassenden Leitung und Planung des zentralverwaltungswirtschaftlichen Systems hatte die Arbeit mit den verwendeten Kennziffern wesentliche Vorzüge, durch die "die Rentabilität des Exports unmittelbarer Bestandteil der Planung, Abrechnung und Analyse des Außenhandels ist und gleichzeitig in die umfassende Effektivitätsplanung einbezogen werden kann."<sup>185</sup>

Diese Vorzüge waren zum einen statistischer Natur, denn die Kennziffern "beruhen auf Daten, die ohnehin Gegenstand der Planung und Abrechnung des Außenhandels sind, sie lassen sich aggregieren und desaggregieren und können damit auf allen Planungsebenen angewendet werden."<sup>186</sup>

Daneben wiesen diese Kennziffern im Rahmen des Systems der Planung, Leitung und wirtschaftlichen Rechnungsführung wesentliche Vorzüge auf, die wie folgt begründet wurden:

1. "Ihre Aussage stimmt mit den Kennziffern und Kriterien der wirtschaftlichen Rechnungsführung überein, die im Rahmen der Bildung des einheitlichen Betriebsergebnisses bei der Mehrzahl der Exportbetriebe und Kombinate gebräuchlich sind; sie wirken deshalb in gleicher Richtung wie die materiellen Stimuli.

<sup>183</sup> Faude e.a. 1984, S.175

<sup>184</sup> Vgl. Maier/Faude 1963, S. 6ff, sowie Seidel 1963, S. 238ff

<sup>185</sup> Faude e.a. 1984, S.176

<sup>186</sup> Faude e.a. 1984, S.176

2. Durch ihre Vorgabe nach Verantwortungsbereichen (Ministerium, Kombinat, Betrieb) orientieren sie darauf, Struktureffekte auf allen Leitungs- und Planungsebenen auszunutzen."<sup>187</sup>

Die Vorzüge verfehlten allerdings ihre Wirkung in statistischer Hinsicht, weil die zugrundeliegenden Daten aus dem Inlandspreissystem dessen aus dem gebrochenen Rechnungszusammenhang stammenden Mängel reflektierten. Aus den Definitionen der Rentabilitätskennziffern geht hervor, daß die Exportrentabilität sowohl auf der Erlösseite als auch auf der Aufwandsseite durch entsprechende Preisregelungen der verantwortlichen DDR-Institutionen beeinflußt werden konnte und wurde:

Der Exporterlös wurde währungspolitisch beeinflußt, und zwar direkt über den fixen, zentral festgelegten Wechselkurs, etwas weniger direkt durch die Festlegung und Veränderung der internen, nicht veröffentlichten Richtungskoeffizienten bzw. anderer währungspolitischer Erlösbestandteile, die für einzelne Länder oder Währungsgebiete festgelegt wurden<sup>188</sup>, um bestimmte währungspolitische oder außenpolitische Zielsetzungen zu unterstützen.

Der Exportaufwand konnte ebenfalls zentral beeinflußt werden über die Zirkulationskosten, also die Handelsspanne des zuständigen AHB und die Transportaufwendungen. Daneben unterlag er über die kalkulatorische Ermittlung des Industrieabgabepreises allen direkten und indirekten Einflüssen der inländischen Preiskalkulation.

Es ist leicht einsehbar, daß es für einzelne Betriebe schlechterdings unmöglich war, bei Änderungen des Wertes der REP die tatsächliche Änderung der Auslandsnachfrage nach ihren Produkten von den diversen anderen Einflüssen (im Außenhandel z.B. den Änderungen der Richtungskoeffizienten, im Inland z.B. den planmäßigen Umbewertungen der Grundmittel<sup>189</sup>, den planmäßigen Industriepreisänderungen oder den politisch motivierten Änderungen der Produktpreise der Vorstufenbetriebe) zu isolieren.

Darüberhinaus konnten sich die angeblichen Vorteile sogar systematisch in ihr Gegenteil verkehren, wenn die wirtschaftliche Rechnungsführung nicht systemkonform ausgestaltet war und sich die Leitungs- und Planungsebenen trotzdem daran orientierten.

In dem o.g. "Beweis", daß "die Außenhandelsbetriebe eines sozialistischen Landes nicht den nationalen (volkswirtschaftlichen) Wert der Exporterzeugnisse, sondern immer deren internationalen Wert realisieren müssen"<sup>190</sup>, ist implizit die Forderung enthalten, daß die AHB den wirklichen nationalen Wert in Relation zum internationalen Wert feststellen können. Mit den in der DDR dominierend verwendeten Kennziffern konnte diese Forderung nicht erfüllt werden: "Diese Kennziffer [REP] kann jedoch *nicht* aussagen, ob das betreffende Exporterzeugnis dem Weltniveau entspricht, darüber- oder darunterliegt"<sup>191</sup>, "Produktivitätsunterschiede zwischen den Volkswirtschaften werden bei Preisvergleichen *nicht* sichtbar."<sup>192</sup> Die Kennziffer REP "stellt immer nur das Verhältnis der Exportgünstigkeit zu anderen Exporterzeugnissen der eigenen Volkswirtschaft her", mit ihr sind allenfalls isolierte "Rangfolgen" innerhalb des Exportwarenportfolios des eigenen Landes möglich.<sup>193</sup>

<sup>187</sup> Faude e.a. 1984, S. 176

<sup>188</sup> Vgl. die Tabelle A3 "Außenhandelskennziffern II" im Anhang.

<sup>189</sup> Der Begriff der "Grundmittel" (aufgeteilt in Ausrüstungen und Gebäude und bauliche Anlagen) entsprach dem des Anlagevermögens.

<sup>190</sup> Blessing 1984, S. 21

<sup>191</sup> Blessing 1984, S. 20

<sup>192</sup> Faude e.a. 1984, S. 177

<sup>193</sup> Blessing 1984, S. 20

Dies resultierte "hauptsächlich aus der Inkongruenz von nationalem Wert und inländischem Industriepreis" aufgrund der inkonsistenten Preisbildung "sowie aus der Wirkung des Währungskurses."<sup>194</sup> Der Wechselkurs einer Währung "führt dazu, daß die Rentabilität des Exports aus Quotient der Exporterlöse und der Industriepreise [die Kennziffer REP] im Durchschnitt der Volkswirtschaft gegen 1,0 tendiert"<sup>195</sup>, wenn der Wechselkurs, mit dessen Hilfe das nationale mit dem internationalen Preisniveau vergleichbar gemacht wird, die Exportkaufkraftparität widerspiegelt. Allein diese Bedingung war jedoch in der DDR zumindest nicht immer erfüllt, da nach Meinung ihrer eigenen Wirtschaftswissenschaftler "zeitweilig das Umrechnungsverhältnis der Mark nicht mit der Exportkaufkraftparität übereinstimmte."<sup>196</sup>

Der entsprechende Mangel der unzureichenden Vergleichbarkeit inländischer und ausländischer Preise galt auch für die Kennziffer RIP: Die "Bestimmung des nationalen Wertes bzw. des mit ihm als kongruent unterstellten nationalen Preises der Importwaren" war bis zum Ende der DDR nicht eindeutig gelöst. Da dieses Problem auch "die 'Gretchenfrage' (...) für einen angenommenen Zuwachs an nationaler Wertgröße infolge der Ausnutzung komparativer Vorteile"<sup>197</sup> ist, konnte die DDR die erwünschten Vorteile aus der internationalen Arbeitsteilung und die aus bestimmten Außenhandelsgeschäften eventuell entstehenden, komparativen Vorteile nicht ermitteln, im Gegenteil, es konnten ihr sogar Nachteile entstehen, wenn sie -- vergleiche Abbildung 3-3 -- in der Region rechts von M noch Außenhandelsgeschäfte abschloß.

Eine entsprechende Situation trat beispielsweise im Jahr 1968 ein:

Unter Zugrundelegung der bestehenden Preisregelungen der DDR ermittelte das Ministerium der Finanzen, Abteilung Valutaplanung und Finanzen des Außenhandels, 1969 in einer ex-post-Durchschnittsbetrachtung für das vorhergehende Jahr "auf der Grundlage der Inlandspreise (IAP/BP) und Auslandspreise (VM), daß

- die DDR beim Außenhandel mit sozialistischen Ländern je 1 Valutamark Außenhandel (Export/Import) einen Gewinn von 0,31 Mark erzielt,
- der DDR beim Außenhandel mit nichtsozialistischen Ländern je 1 Valutamark Außenhandel (Export/Import) ein Verlust von 0,21 Mark entsteht.

Der Gewinn beim Außenhandel mit den sozialistischen Ländern wird auf der Grundlage der derzeitigen Umrechnungsverhältnisse (1 Rbl = 4,67 VM) beim Import realisiert:

|                              |           |
|------------------------------|-----------|
| - Markaufwand je 1 VM Export | 1,22 Mark |
| - Markerlös je 1 VM Import   | 1,53 Mark |
| - Gewinn je 1 VM Außenhandel | 0,31 Mark |

Der Verlust beim Außenhandel mit den nichtsozialistischen Ländern wird auf der Grundlage der derzeitigen Umrechnungsverhältnisse (1 Dollar = 4,20 VM) dagegen beim Export verursacht:

|                               |                            |
|-------------------------------|----------------------------|
| - Markaufwand je 1 VM Export  | 1,99 Mark                  |
| - Markerlös je 1 VM Import    | 1,78 Mark                  |
| - Verlust je 1 VM Außenhandel | 0,21 Mark." <sup>198</sup> |

<sup>194</sup> Faude e.a. 1984, S. 176, Vgl. auch Blessing 1984, S. 23, Hannemann 1984, S.26)

<sup>195</sup> Faude e.a. 1984, S. 177

<sup>196</sup> Blessing (1984, S. 20) gibt dies zwar nur für die fünfziger Jahre an, aber auch in den anderen Perioden war die Währung der DDR vermutlich stark überbewertet.

<sup>197</sup> Fomer 1987, S. 1479

<sup>198</sup> DN-1/VS 15/90 Dok.17: MdF, Abt. Valutaplanung und Finanzen des Außenhandels: "Information über die Auswertung des EDV-Projektes Austauschverhältnisse 1968 beim Außenhandel der DDR", Berlin 1969

N.B.: Da es sich hierbei um eine Durchschnittsbetrachtung handelt und die Teilvolumina des SW- bzw. NSW-Außenhandels hier nicht betrachtet werden, ist es möglich, daß die DDR gemessen an den bei ihr geltenden

Damit befand sich die DDR nach Erkenntnis des MdF für den SW-Außenhandel entsprechend der Abbildung 3-3 in einer Situation links von M, für den NSW-Außenhandel aber bereits in einem Punkt rechts von M, in dem die Exporterlöse die Importaufwendungen nicht mehr deckten.

#### 3.7.3.4. Die Ermittlung des "vollen Importaufwands" unter dem Eindruck der prekären Zahlungsbilanzsituation

Nach Aktenkenntnis des Verfassers wurde die Kennziffer REP -- teilweise ergänzt durch die Devisenertragskennziffer DE -- in allen für die TBI relevanten Gremien der DDR zur Beurteilung der Exportrentabilität bis Ende der achtziger Jahre vorrangig angewandt.

Als besondere Gefahr wurde im Verlauf der Jahre ermittelt, daß in den Exportaufwand natürlich der Importaufwand der Produktionsbetriebe der letzten Stufe wie auch der der Vorstufenbetriebe einging. Dieser Importaufwand wurde jedoch bis Mitte der 80er Jahre zum Teil erheblich über den Staatshaushalt gestützt. Um den damit verbundenen realen volkswirtschaftlichen Verlusten zu begegnen, versuchte die SPK ab Anfang der achtziger Jahre, für jedes Produkt den vollen Importaufwand auf Valutabasis zu ermitteln, also "die vollen -- einschließlich aller Vorstufen -- Importaufwendungen aus dem SW bzw. NSW". Auf der Basis dieses "vollen Importaufwands" wurden Kennziffern gebildet, die nicht mehr die definitorischen Mängeln der bisherigen Kennziffern aufwiesen und die "insbesondere zur Einschätzung der Effizienz von Exporten wesentliche Schlußfolgerungen zulassen."<sup>199</sup> Zu diesen Kennziffern gehörte die "Valutarentabilität des eingesetzten Materials" und die Valutarentabilität der Verarbeitungskosten, die für materialintensive Zweige wie die Textilindustrie bzw. arbeitsintensive Zweige wie die Bekleidungsindustrie realistische Vergleiche zum Ausland ermöglichen sollten.<sup>200</sup> Die Berechnung dieser Kennziffern erfolgte allerdings -- einerseits aufgrund der hohen Komplexität des Wechselkursmechanismus, andererseits vermutlich aber auch wegen der Brisanz der in diesen Zahlen widerspiegelten, relativ zum internationalen Stand schlechten Lage -- nur zentral in der SPK oder in den für die jeweiligen Industriezweige zuständigen ökonomischen Forschungsinstituten. Für die einzelnen Betriebe und Kombinate gab es keine gesetzlich verbindlichen Vorschriften für Valutaaufwandskalkulationen.<sup>201</sup>

Wiederum als Reaktion auf die Zahlungsbilanzprobleme der DDR sind auch vorrangig für NSW-Exportserzeugnisse zu verwendende Kennziffern zu verstehen, die erstmals "nicht nur allein auf die Warenbewegung, d.h. auf die Exportplanerfüllung NSW, sondern vorrangig auf den rechtzeitigen Valutaeingang gerichtet" waren.<sup>202</sup> Diese Intentionen waren deutlich erkennbar in der Einführung der Hauptkennziffer und "volkswirtschaftlichen 'Führungsgröße'" "Export zu Valutagegenwert" sowie den Kennziffern "Valutapreisverbesserung" und "Export nach Wirtschaftsgebieten zu Valutagegenwert", mit der die Zahlungsbilanzsituation der DDR gezielt zeitlich und nach bestimmten Währungsgebieten beeinflußt werden konnte.<sup>203</sup>

---

Preisverhältnissen und Umrechnungskursen insgesamt Vorteile erzielte, wenn die Verluste aus dem NSW-Handel durch die Gewinne aus dem SW-Handel überkompensiert wurden.

<sup>199</sup> SPK/55479: "Schulungsmaterial Mai 1981"

<sup>200</sup> Vgl. Weigert 1985, S. 102ff

<sup>201</sup> Vgl. Haendcke-Hoppe 1988, S. 100

<sup>202</sup> Vgl. Weigert 1985, S. 106

<sup>203</sup> Vgl. Weigert 1985, S. 106, und die dort angegebenen gesetzlichen Grundlagen

### 3.7.4. Der Einfluß der unzureichenden Rentabilitätsmessung auf Entscheidungen der außenwirtschaftsorientierten sektoralen Strukturpolitik

In Abschnitt 3.7.2 wurden zwei grundlegende Bedingungen einer erfolgreichen Teilnahme am internationalen Handel ermittelt:

1. Die für den Außenhandel verantwortlichen Gremien müssen in der Lage sein, im Rahmen der herrschenden Property-Rights-Struktur und mit Hilfe der Regelungen der WRF die Betriebe zur Entwicklung im internationalen Vergleich rentabler Produkte stimulieren zu können.
2. Die Rentabilität der Produkte im Export und Import müssen einzeln und in ihrer Gesamtheit *am internationalen Standard* gemessen werden können, so daß auch die relativen Rentabilitätswerte ermittelt werden können.

Im Ergebnis der Untersuchungen zum Außenhandel der DDR und zu ihrer Währungspolitik (Vgl. Abschnitt 3.8) ist festzustellen, daß *die DDR in keiner der untersuchten Perioden ihrer Existenz die beiden Bedingungen einer erfolgreichen Einbindung in den internationalen Handel erfüllt hat*. In Bezug auf die Meßfunktion gelang es ihr nicht, eine korrekte Ermittlung der Rentabilität der Einzelprodukte im Export und Import *am internationalen Standard* zu bewerkstelligen. Bis zum Ende ihrer Existenz bestanden auch fortwährend "Fragen der Vergleichbarkeit der Exportrentabilitätskennziffern zwischen den verschiedenen Industriebereichen, z.B. Maschinenbau und Leichtindustrie."<sup>204</sup> Es ist im Gegenteil zu vermuten, daß die konkreten Ausgestaltungen der Rentabilitätskennziffern (in Verbindung mit der im folgenden Abschnitt geschilderten währungspolitischen Konfusion) der DDR schwere Verluste im Außenhandel zugefügt haben.

Auch die Stimulierung des Außenhandels in einer gewünschten Richtung konnte daher aufgrund der Unschärfen der Rentabilitätsmessung über rudimentäre, intuitiv als richtig angesehene Ansätze hinaus nicht erreicht werden. Wie gezeigt werden kann, waren auch die Regelungen der WRF bezüglich der Außenhandelskennziffern zumindest für die Textil- und Bekleidungsindustrie oftmals vollkommen ungenügend gestaltet, so daß die Betriebe sich nach eigenem Kalkül zwar rational, aber insgesamt konträr gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Zielen verhielten bzw. sogar verhalten mußten.<sup>205</sup>

Ein weiteres, ebenfalls in der mangelhaften Rentabilitätsmessung begründetes schwerwiegendes Problem ergab sich im Hinblick auf die Ausarbeitung und Entscheidung langfristiger, strukturpolitischer Alternativstrategien, denn "nach Meinung der SPK, des MAW und der SZS sind Optimierungsrechnungen, sofern die Richtungskoeffizienten nicht einbezogen werden, nur getrennt nach SW und NSW möglich."<sup>206</sup> Da die "Gesamtkennziffern Gesamtexport und Gesamtimport [nach Trennung des Plans] nicht mehr ausgewiesen werden können (...) ist "die Einheitlichkeit der staatlichen Aufgaben und Auflagen für den Ex- und Import als Gesamtgröße nicht mehr gegeben" und diese Kennziffern "können nicht mehr bei der Ausarbeitung von Prognosen zur Ausnutzung als wichtige Führungsgrößen verwandt werden."<sup>207</sup>

Selbst wenn die richtigen Alternativen hätten theoretisch korrekt ausgewählt und begründet werden können, so ergab sich aufgrund der unzureichenden Fähigkeit, die korrekten Rentabilitäten in Export und Import zu ermitteln, immer noch das Problem der Überwachung und Durchführung sektoraler strukturpolitischer Strategien. "Ein solcher Prozeß der

<sup>204</sup> Blessing 1981, S. 217f

<sup>205</sup> Vgl. z.B. Abschnitt 7.2.6.3.

<sup>206</sup> MAH/6055/19: MdF: "Vorschläge für die Festsetzung ...", Berlin, 10.6.1970, S. 12

<sup>207</sup> MAH/6055/19: MdF: "Vorschläge für die Festsetzung ...", Berlin, 10.6.1970, S.10f

Steigerung der Exportrentabilität in einzelnen Kombinat und Zweigen im Sinne einer überdurchschnittlichen Entwicklung ist [jedoch] u.E. immanenter Bestandteil einer auf Schwerpunkte gerichteten Strukturpolitik in der Volkswirtschaft."<sup>208</sup> Die "Durchsetzung der volkswirtschaftlichen Strukturpolitik in der gewünschten Richtung" war davon abhängig, daß sich die "positiven und negativen Ergebnisse aus der Außenwirtschaftstätigkeit in der wirtschaftlichen Rechnungsführung der am Außenhandel beteiligten Betriebe und Organe voll widerspiegeln und in das einheitliche Ergebnis der sozialistischen Warenproduzenten eingehen."<sup>209</sup> Diese "Hebelwirkung" war aber, wie gezeigt, aufgrund der generellen Mängel des Wechselkurssystems und aufgrund der Über- und Unterbewertungen der Mark der DDR nicht gegeben. "Dieser verzerrte Rentabilitätsausweis birgt [jedoch] die Gefahr falscher Strukturentscheidungen, z.B. hinsichtlich Eigenproduktion oder Import, in sich."<sup>210</sup>

Es ist zu vermuten, daß in diesen Problemen -- neben den Autarkiebestrebungen und dem Außenhandelsmonopol -- eine weitere Ursache für die von der DDR verfolgte Importsubstitutionspolitik liegt. Eine Wirtschaftsführung, die keinen Überblick über die wirklichen kurz-, mittel- und langfristigen Kosten hat und somit keine rationale Basis für die Teilnahme am internationalen Handel, wird sich im Zweifelsfalle vermutlich immer für die Eigenproduktion entscheiden.

Es scheint indes, als seien diese Probleme nicht auf den Handel mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet beschränkt gewesen, sondern sie erstreckten sich auch auf den Handel innerhalb des RGW. Als beispielhaft für diese Probleme bei strukturpolitisch wichtigen Entwicklungen kann auch die Textil- und Bekleidungsindustrie der DDR gezählt werden. In diesen Industriezweigen betrafen diese strukturpolitischen Entscheidungen vornehmlich die Fragestellung, inwieweit der Bezug von Teil- bzw. Vorstufenprodukten aus den Entwicklungsländern durchgeführt werden sollte und inwieweit durch Verlagerung von Kapazitäten "die internationale Arbeitsteilung im RGW"<sup>211</sup> auch im Textil- und Bekleidungsbereich durch entsprechende Vorhaben der industriellen Kooperation und Lohnveredlung im RGW ausgenutzt werden sollte.<sup>212</sup>

Wie oben festgestellt, waren "ohne exakte Messung der ökonomischen Nutzeffekte der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und [ohne] den konkreten Nachweis ihrer Wirkungen auf die Hauptprozesse der intensiven Reproduktion höhere ökonomische Ergebnisse kaum zu erwarten."<sup>213</sup> Beim Effektivitätsnachweis für konkrete Projekte der industriellen Zusammenarbeit, "in dem (...) der Einfluß der jeweiligen Maßnahme auf die

<sup>208</sup> Hannemann 1984, S. 26

<sup>209</sup> MAH/6055/27: MdF: "Problemvorlage über die Gestaltung des Umrechnungsverhältnisses im Rahmen des ökonomischen Systems in der Außenwirtschaft und unter Berücksichtigung der Auswirkung der Industriepreisreform auf das Verhältnis unserer Währung zu den Währungen anderer Länder (Entwurf)", Berlin, 10.8.1967, S. 2

<sup>210</sup> MAH/6055/27: MdF: "Problemvorlage ...", Berlin, 10.8.1967, S. 3.

Der zitierte Text bezieht sich auf die aus der falschen Festsetzung der internen Umrechnungsverhältnisse resultierenden Probleme bei der "vollen Durchsetzung des ökonomischen Systems [des Sozialismus] in der Außenwirtschaft". Da diese Probleme erst spät mit der Berechnung der vollen Importaufwendungen seitens SPK und Ökonomischem Forschungsinstitut des MAH abgestellt wurden und die Betriebe und Kombinate erst noch später mit diesen Ergebnissen konfrontiert wurden, ist die Vermutung gerechtfertigt, daß dieses Problem bis zum Ende der DDR vorherrschte.

<sup>211</sup> ÖFIL7: "Studie zur Entwicklung von Aufkommen und Verteilung des Produktes der Leichtindustrie", September 1986, S. 6

<sup>212</sup> Die industrielle Kooperation und Lohnveredlung im Konfektionsbereich wurde schwerpunktmäßig mit Jugoslawien durchgeführt. Einer der Schwerpunkte im Textilbereich war eine gemeinsame Spinnerei in Zawercie in Polen. Daneben gab es auch betriebs- bzw. kombinatindividuelle Verbindungen in die RGW-Partnerländer. So kooperierte z.B. der VEB Buntgarnwerke Leipzig mit einem tschechoslowakischen Partner und erteilte bei voller Auslastung der eigenen Kapazitäten Aufträge zur Lohnfärberei und -spinnerei.

<sup>213</sup> Blessing 1981, S. 215

Hauptfaktoren der Effektivitätssteigerung darzustellen ist"<sup>214</sup>, wurden allerdings schwerwiegende Mängel festgestellt: "Untersuchungen über die Motivation des Abschlusses von internationalen Spezialisierungs- und Kooperationsverträgen ergaben, daß oft mit wenigen allgemeinen Hinweisen und ohne ausreichende zahlenmäßige Darstellung gearbeitet wird. In nicht wenigen Fällen wird (...) die Rentabilitätskennziffer des Außenhandels (REP bzw. RIP) als Ausdruck der volkswirtschaftlichen Effektivität behandelt, obwohl nachgewiesen ist, daß die Außenhandelsrentabilität allein kein Gradmesser der volkswirtschaftlichen Rentabilität einer Maßnahme sein kann." Da zusätzlich nach dieser Meinung "die Kostenträgerrechnung in der Industrie der DDR gewöhnlich nur ein- bis zweimal im Jahr aufgemacht wird und die Kostenträgerplanung oft nur als periphere Erscheinung der Leitung und Planung behandelt wird", kann es demzufolge geschehen, daß die Vorbereitung der Spezialisierungs- und Kooperationsmaßnahme und der Abschluß von internationalen Wirtschaftsverträgen auf der Basis 'unscharfer' Kenntnisse" betrieben werden.<sup>215</sup>

Aus den recherchierten Quellen der DDR-Institutionen geht hervor, daß solche Entscheidungen über die Struktur des Exports und des Imports auch in der DDR-Textil- und Bekleidungsindustrie oftmals aufgrund "unscharfer Kenntnisse" gefällt werden mußten und daher mit entsprechenden Risiken behaftet waren.<sup>216</sup> Durch die aus diesen Risiken resultierende Tendenz zur Eigenproduktion wurden zwar die Risiken möglicher kurzfristiger Verluste umgangen, aber der Verzicht auf die Teilnahme am internationalen Handel hat der DDR langfristig und im Ergebnis einer Opportunitätskostenbetrachtung vermutlich höhere Verluste eingetragen.

### **3.8. Die Konfusion im Währungssystem der DDR**

#### **3.8.1. Die Prämisse der zentralen Planbarkeit und Steuerbarkeit des DDR-Außenhandels**

Bis ungefähr zur Mitte der achtziger Jahre lag der Art und Weise der Durchführung des DDR-Außenhandels -- dies kann aus der Diktion und der Argumentation der recherchierten Akten geschlossen werden<sup>217</sup> -- seitens des Staates und der führenden Wirtschaftstheoretiker die Prämisse zugrunde, daß es prinzipiell möglich sei, den zentral verwalteten Außenhandel nach zentral festgelegten Nutzeffektskriterien preis- und mengenmäßig zu planen und zu steuern. Wie fragwürdig diese Prämisse nicht nur im Fall der DDR ist, wurde bereits in Abschnitt 3.7.3 gezeigt.

Wie die recherchierten Akten der mit dem Außenhandel befaßten Institutionen der DDR zeigen, führte diese Prämisse jedoch augenscheinlich dazu, daß das -- zum zentral verwalteten Außenhandel komplementäre -- System der staatlichen Wechselkursfestlegung und der staatlichen Devisenbewirtschaftung bis kurz vor Ende der Existenz der DDR nicht grundlegend infragegestellt wurde, sondern erkennbare Mängel des Systems in einer Art Trial and Error-Verfahren behoben werden sollten. Das Resultat dieser zum Teil isolierten Einzelmaßnahmen war allerdings, daß das System der Wechselkursfestlegung, welches bis Anfang der sechziger Jahre noch als verständlich und daher kontrollierbar angesehen werden durfte, ab Mitte der

<sup>214</sup> Blessing 1981, S. 216

<sup>215</sup> Blessing 1981, S. 216f

<sup>216</sup> Vgl. ÖFIL17, ÖFIL1: "Studie zur Entwicklung von Aufkommen und Verteilung des Produktes der Leichtindustrie", Leipzig, 1986, S.7, und die dazugehörigen Anlagen zur Problematik der Kennziffer DE, sowie ÖFIL14: OBKB/Stammbetrieb VEB Herrenbekl. Fortschritt/ZOB/Abt. Organisation der Absatzwirtschaft: "Zuarbeit zur Realisierung des Beschlusses 'Analyse der Entwicklung des Exports von Oberbekleidungserzeugnissen und ihrer Rentabilität sowie Erarbeitung von Vorschlägen und Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität' gemäß Arbeitsplan vom 14.8.88", Leipzig, den 14.9.1988, S. 7

<sup>217</sup> An dieser Stelle muß aber auch nochmals auf die in Abschnitt 1 (S. 6, Ziffern 6-8) beschriebene erkenntnistheoretische Problematik der Interpretation dieser Äußerungen hingewiesen werden.

sechziger Jahre während der späteren Existenz der DDR Schritt für Schritt komplizierter wurde.

Hätte die DDR tatsächlich einen allein mengenmäßig geplanten und zentral gesteuerten Außenhandel gehabt, hätte die Tatsache, daß das zunehmend komplexe Währungssystem für die Betriebe und ihre verantwortlichen Kader undurchsichtig wurde, keine schwerwiegenden Folgen gehabt. Dieses Bild entspricht jedoch nicht der Realität, denn im Außenhandel war eine allumfassende mengenmäßige und zentrale Planung aller Export- und Importströme aufgrund der für die DDR nicht kontrollierbaren Veränderungen der Preise im internationalen Handel nicht möglich. Die DDR versuchte daher auch im Außenhandel, den Preis als Produkt aus Binnenhandelspreis  $\times$  Wechselkurs  $\times$  Richtungskoeffizient (oder ähnliche währungspolitische Parameter) als zusätzliches Steuerungselement zu nutzen. Die Menge des importierten bzw. exportierten Gutes und das Import- bzw. Exportland waren zumindest zeitweilig Freiheitsgrade in der Entscheidung der Außenhandelsbetriebe oder der Kombinate. Fehlerhafte Festlegungen der Preise im Außenhandel konnten daher schwerwiegende, weil dem Gesamtplan widersprechende Import- und Exportströme und damit krasse Zahlungsbilanzungleichgewichte herbeiführen.

Vom systematischen Standpunkt ungleich bedeutender war, daß während der siebziger und achtziger Jahre sogar die DDR-Fachleute und -Ministerialbürokratie, *die für die zentralen Planfestlegungen und die Steuerungsmechanismen verantwortlich waren*, die aus den vielen, zum Teil widersprüchlichen Einzelregelungen resultierende Komplexität und Konfusion im Währungssystem der DDR nur schwer oder gar nicht mehr durchschauten. Die Fehlerhaftigkeit der Außenhandelspreise aufgrund der bereits im Binnenhandel bestehenden Verzerrungen und aufgrund der Probleme in der Rentabilitätsmittlung im Außenhandel der DDR<sup>218</sup>, die diese Fachleute im Interesse den zentralen Außenhandelsplans durch interne Berechnungen eventuell noch hätten korrigieren können, wurde durch die währungspolitischen Festlegungen noch weiter verstärkt. Damit verschwand sukzessive die wurde die Prämisse der zentralen Planbarkeit und Steuerbarkeit des Außenhandels noch weiter ad absurdum geführt.

Einer der wesentlichsten Gründe für diese Konfusion im Währungssystem der DDR war die offizielle 1:1-Parität mit der DM, an der die DDR auch angesichts eines erkennbaren Verfalls ihrer Währung<sup>219</sup> festhielt, um die vertraglich vereinbarten Zahlungen der BRD nicht zu gefährden.<sup>220</sup> In Kenntnis der Dokumente der mit der Währungspolitik befaßten Institutionen der DDR ist rückblickend zu vermuten, daß die 1:1-Nettoerträge der DDR aus den Verträgen mit der BRD durch die volkswirtschaftlichen Belastungen überkompensiert wurden, die aus eben dieser 1:1-Parität resultierten, denn das offizielle Festhalten der DDR an der 1:1-Parität scheint wesentlich mitverantwortlich dafür zu sein, daß "eine Situation entstand, in der die Produzenten in der DDR objektiv nicht mehr in der Lage [waren], wirkliche Effektivität oder Ineffektivität zu messen -- ein Zustand, der unabwendbar auch die stärkste Volkswirtschaft in den Ruin führen muß."<sup>221</sup>

<sup>218</sup> Vgl. Unterkapitel 3.7, insbesondere die Abschnitte 3.7.2 und 3.7.3

<sup>219</sup> Vgl. Abbildung A1 im Anhang

<sup>220</sup> Hierbei handelte es sich um "Zahlungen aus dem westdeutschen Bundeshaushalt" (Transitpauschale, Straßenbenutzungsgebühren, etc.), "Zahlungen aus den Haushalten von Bundesbahn und Bundespost" (Verrechnung der im Post- und Fernmeldeverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gegenseitig erbrachten Leistungen, etc.) sowie "Zahlungen aus dem Westberliner Landeshaushalt und durch Westberliner Betriebe" (u.a. Zahlungen für die Abnahme von Bauschutt, die Fortleitung und Behandlung von Abwässern). Gegen diese Zahlungen seitens der BRD wurden Zahlungen der DDR ebenfalls im Verhältnis 1:1 gegengerechnet. Vergleiche hierzu die Auflistung der "Offiziellen Hartwährungszahlungen" bei Schmidt 1985, S. 365ff.

<sup>221</sup> Schwöpe 1990, S. 128

Dem Verfasser ist bislang keine Literatur bekannt, in der die vorhandenen internen Akten der verantwortlichen Ministerien und Institutionen der DDR zum Themenbereich der Währungspolitik ausgewertet worden sind. Darüberhinaus galt dieser Bereich bis zur Wende 1989 aus der Sicht westlicher Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker als eines der "ungelösten Rätsel" der DDR-Wirtschaft. Zur Erläuterung und Begründung der These, daß die Währungspolitik eine eigene Ursache des Niedergangs der DDR-Wirtschaft war, scheint es angebracht, die Probleme der Währungspolitik der DDR im folgenden kurz darzustellen.<sup>222,223</sup>

### 3.8.2. Die Anforderungen der Wirtschaftstheoretiker der DDR an ein effizientes Währungssystem

Um die Planbarkeit des zentralverwalteten Außenhandels nach ebenso zentral festgelegten "Nutzeffekten" zu realisieren, waren aus Sicht der Wirtschaftstheoretiker der DDR zwei unabdingbare Anforderungen zu erfüllen. Diese Anforderungen wurden wie folgt definiert: "Für die volkswirtschaftliche Analyse der Außenhandelsrentabilität, für die Optimierung der Außenwirtschaftsbeziehungen und für die Einleitung entsprechender Maßnahmen zur Erhöhung des ökonomischen Nutzeffekts des Außenhandels reichen Rentabilitätskennziffern, die die Rentabilitätsrelationen der einzelnen Export- und Importwaren zueinander richtig wiedergeben, nicht aus, sondern es müssen auch [erstens] Kennziffern ermittelt werden, die die absolute Rentabilität der Export- bzw. Importoperationen [im internationalen Maßstab] aufzeigen. Deshalb ist es für die exakte Messung der volkswirtschaftlichen Rentabilität der einzelnen Außenhandelsoperationen und vor allem für die Optimierung der Außenwirtschaftsbeziehungen, bei der die Wechselbeziehungen zwischen Export-, Import- und Produktionsstruktur erfaßt werden, notwendig, [zweitens] einen den ökonomischen Verhältnissen entsprechenden Valutakurs der Umrechnung der Valutaerlöse und Valutaaufwendungen in nationale Währung zugrunde zu legen."<sup>224</sup>

Diese Aufgabenstellung hat die DDR-Wirtschaftspolitik bis zum Ende der DDR nicht erfüllen können. Aus der Sicht der DDR-Wirtschaftswissenschaft wurde das Ziel *zum einen* verfehlt, weil es "bis heute noch nicht gelungen ist, eine abgeschlossene, allseitig anerkannte Theorie des Valutakurses im Rahmen der Politischen Ökonomie des Sozialismus zu erarbeiten".<sup>225</sup> Verfehlt wurde das Ziel *zum anderen* aber auch, weil das Wechselkurssystem unter dem absoluten Primat der Politik stand, die ein offizielles Festhalten an der 1:1-Parität zwischen der DM der BRD und der Mark der Notenbank bzw. später der Mark der DDR postulierte.<sup>226</sup> Dieses Postulat, "dessen Beibehaltung (...) aus prinzipiellen politischen Gründen mit Beschluß des

<sup>222</sup> Zu erwähnen sind an dieser Stelle allerdings die folgenden Abhandlungen:

1. die Darstellung des Problembereichs "Multiple Wechselkurse" in Buck 1980, S. 157ff, in der Buck u.a. die Funktion der Richtungskoeffizienten im Außenhandel der Staatshandelsländer darstellt. Die laut Buck (S.159) in den anderen Staatshandelsländern *sogar für einzelne Warengruppen* "immer weiter und weiter getriebene Differenzierung der amtlichen (internen) Wechselkurse im RGW für die Umrechnung von Exporterlösen" ist in der DDR nicht vorgenommen worden;
2. die Behandlung dieses Themenbereichs bei Schmidt 1985, S. 383ff, in der der Autor sich sehr detailliert mit den Mängeln der DDR-Außenhandelsstatistik auseinandersetzt, die er auf der Grundlage seiner Recherchen als "die nachweislich schlechteste im RGW-Bereich (...) und eine der undifferenziertesten der Welt" klassifiziert.

<sup>223</sup> Hierbei erscheint der Hinweis angebracht, daß die in den folgenden Abschnitten dargestellten gesetzlichen Regelungen zwar mehrheitlich in den sechziger Jahren erfolgten, die Folgen dieser Regelungen aber bei zunehmender Intensität des Außenhandels der DDR natürlich immer deutlicher wurden. Die folgende Darstellung deckt daher die gesamte Zeitspanne der Existenz der DDR ab, und die diskutierten Probleme waren -- wie Abbildung 3-4 und Abbildung 3-5 beispielhaft dokumentieren -- während der gesamten Existenz der DDR relevant (Vgl. Schwöpe 1990 für eine ex-post-Analyse aus der Sicht eines DDR-Wissenschaftlers).

<sup>224</sup> Weichsel 1967, S. 40

<sup>225</sup> Weichsel 1967, S. 9. Dieses theoretische Defizit konnte bis zum Ende der DDR nicht beseitigt werden. Vgl. Schwöpe (1990) zur "Messung und Stimulierung der Außenhandelseffektivität in der DDR-Wirtschaft"

<sup>226</sup> Vgl. MAH/6055/20: MAH, Bereich Außenwirtschaftsbeziehungen mit Westdeutschland und Westberlin, "Betr.: Internes Umrechnungsverhältnis Westmark = Verrechnungseinheit = Mark der DDR für den Perspektivplan 1971 - 1975", Berlin, 3.6.1970

Politbüros vom 4.6.1975 festgelegt wurde<sup>227</sup>, zwang den verantwortlichen Gremien der DDR komplizierte währungstechnische Winkelzüge auf, die alle Rentabilitätsmessungen im Außenhandel obsolet erscheinen lassen.

### **3.8.3. Ein Überblick über die Elemente des Wechselkurssystems der DDR**

#### **3.8.3.1. Die offiziellen Wechselkurse der DDR**

Die offiziellen Wechselkurse der DDR<sup>228</sup> gegenüber den Leitwährungen des sozialistischen und des nichtsozialistischen Gebiets waren per Ministerratsbeschluß vom 29.10.1953 über den Feingoldgehalt von 0,399902g und entsprechend der Goldgehaltrelation von 1,11 zwischen 1 Rubel für 1 Dollar auf

1 Rubel = 2,47 Mark der Notenbank und

1 Dollar = 2,22 Mark der Notenbank

festgelegt worden.<sup>229</sup> "Außer im Bereich der Deutschen Notenbank [fanden diese offiziellen Kurse jedoch] keine praktische Anwendung"; sie hatten im wesentlichen nur "deklaratorischen Charakter".<sup>230</sup>

#### **3.8.3.2. Die Wechselkurse für nichtkommerzielle Zahlungen**

Für die sogenannten "nichtkommerziellen" Zahlungen, also Geldtransfers auf der Basis zwischenstaatlicher Abkommen, für die Versorgung der Angehörigen der diplomatischen Vertretungen und für Touristen, waren für die wesentlichen Währungen anhand von Kaufkraftvergleichen in der "Konsumgüter- und Dienstleistungssphäre"<sup>231</sup> Umrechnungssätze festgelegt worden, die von den offiziellen Kursen abwichen. Gegenüber den sozialistischen Ländern des RGW geschah diese Festlegung im "Prager Abkommen" von 1963. Gegenüber den nichtsozialistischen Ländern war ein einheitlicher Kursaufschlag von 89% auf den offiziellen Wechselkurs festgelegt worden, der die höhere Kaufkraft dieser Länder ausgleichen sollte.

Ausgenommen von dieser Regelung war explizit der Wechselkurs für die nichtkommerziellen Zahlungen der BRD in "Westmark". Für diese Währung wurde der im "Berliner Abkommen"<sup>232</sup> von 1951 festgelegte Kurs von 1:1 während der ganzen Zeit der Existenz der DDR beibehalten.<sup>233</sup>

Aus dieser politisch bedingten Kursfestlegung resultierten "Mißverhältnisse in der Bewertung der Valutabeziehungen, die sich negativ auf das ökonomische Denken der Außenhandelsorgane

<sup>227</sup> MAH/6054/E: MAH, Stellvertreter des Ministers für den Bereich Planung und Valuta: "Information für Genossen Sölle zu Problemen, die bei der Veröffentlichung von Kennziffern des Außenhandels im Zusammenhang mit den Umrechnungsverhältnissen der Mark bestehen", Berlin, 6.2.1976, S. 3

<sup>228</sup> Vgl. zum folgenden Wechsel 1967, S. 48ff, oder eine Darstellung vom Beginn der achtziger Jahre in MAH/6055/10: MdF: "Darstellung der gegenwärtig zur Anwendung kommenden Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu den ausländischen Währungen und Möglichkeiten zur Veränderung", Berlin, 26.6.1980. Beispielhaft für die Komplexität des späteren währungstechnischen Ist-Zustands wurde im Anhang die "Übersicht zu den Umrechnungsverhältnissen der Mark der DDR" in Tabelle A1 wiedergegeben, die aus MAH/6055/10 stammt.

<sup>229</sup> Für den Verlauf verschiedener -- in offiziellen Statistiken veröffentlichter bzw. für interne Umrechnungen verwendeter - Kurse von 1949 bis 1989 vergleiche Tabelle A2 "Außenhandelskennziffern I" im Anhang.

<sup>230</sup> Wechsel 1967, S. 54

<sup>231</sup> Wechsel 1967, S. 57

<sup>232</sup> Das sogenannte "Berliner Abkommen" war am 20. September 1951 zur Regulierung des Handels "zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost)" abgeschlossen worden. Vgl. Zieger 1986, S. 27, Fn 16

<sup>233</sup> Auf Basis der festgelegten Goldgehalte wäre der offizielle Kurs 1 DM = 0,56 MdN gewesen, mit dem Zuschlag von 89% wäre zumindest das Paritätsgefüge der DM im Zusammenhang mit den anderen kapitalistischen Währungen gewahrt worden.

auswirkten." In der Praxis des Außenhandels führten diese Kursdisparitäten in den fünfziger Jahren dazu, daß die Außenhandelsbetriebe -- entgegen den Bestrebungen der staatlichen Planung, weil "nicht im Einklang mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Rechnungsführung"<sup>234</sup> stehend -- verstärkt nach Westdeutschland exportierten. Dort erhielten sie z.B. für Ware im Weltmarktwert von 1.000 USD den Gegenwert von DM 4.200 = 4.200 MdN, während ihnen für die gleiche Ware z.B. beim Export in die USA nur 1.000 USD = 2.220 MdN vergütet wurden.<sup>235</sup>

#### 3.8.3.3. Die erste Inkonsistenz: Die Einführung der "Valutamark" und der "internen Umrechnungskoeffizienten"

Die DDR stand damit vor einer Situation, in der sie eigentlich ihre Währung auch gegenüber der DM der BRD hätte abwerten müssen. Dies wollte sie jedoch umgehen, und in dieser Haltung wurde sie auch von den Vertretern der Sowjetunion unterstützt.<sup>236</sup> Um den Auswirkungen der Kursparitäten Einhalt zu gebieten und um die bereits bestehende Abhängigkeit gegenüber der westdeutschen Wirtschaft nicht zu verstärken, wurde "im Ergebnis einer Beratung im Politbüro" per 1.1.1959 "die Aufstellung und Abrechnung des Außenhandelsplanes in Valuta-DM als interne Verrechnungsmethode eingeführt"<sup>237</sup>, ein System von "internen Umrechnungskoeffizienten", welches im Prinzip ein paralleles Wechselkurssystem für die Zwecke der internen Planung und Verrechnung aller Außenhandelsoperationen und für die statistische Erfassung und den Ausweis des Außenhandelsumsatzes darstellte.

Die Leitwährungskurse wurden weiterhin entsprechend dem relativen Goldgehalt (von 1,11 Rubel/1 US-Dollar) per 1.1.1959 festgelegt auf

1 Rubel = 4,67 Valutamark und

1 Dollar = 4,20 Valutamark.

Gegenüber den kapitalistischen Ländern entsprachen die internen, kommerziellen Kurse damit den Kursen für nichtkommerzielle Zahlungen. Das Umtauschverhältnis gegenüber der DM war unverändert mit 1 DM = 1 MdN festgelegt. Dies galt selbst dann noch, nachdem die DM gegenüber dem US-Dollar und anderen wichtigen Währungen kapitalistischer Länder im März 1961 um 5 % und in 1969 nochmals um 9% aufgewertet wurde. Damit wurde seitens der DDR in Kauf genommen, daß das über die Paritäten der kapitalistischen Länder geknüpfte Geflecht der internen Umrechnungskoeffizienten zerbrach. Das Paritätengeflecht war daher ab 1959 rein rechen-theoretisch *einfach* überdeterminiert, d.h. das Gleichungssystem der Wechselkursbestimmung hatte zwei Lösungen. Statistischer Ausweis (VM/USD = 4,20/1) und internes Umrechnungsverhältnis (M/USD = 4,20/1) entsprachen nicht mehr dem DM/US-Dollar-Kurs von 4,00DM/1USD bzw. ab 1969 3,66DM/1USD.

Als Auflösung dieser statistischen Überdeterminiertheit und als faktische Leitwährung der internen Umrechnungskoeffizienten wurde die "Valutamark" eingeführt, interpretiert "als die

<sup>234</sup> Weichsel 1967, S. 52

<sup>235</sup> Vgl. Weichsel 1967, S. 50ff

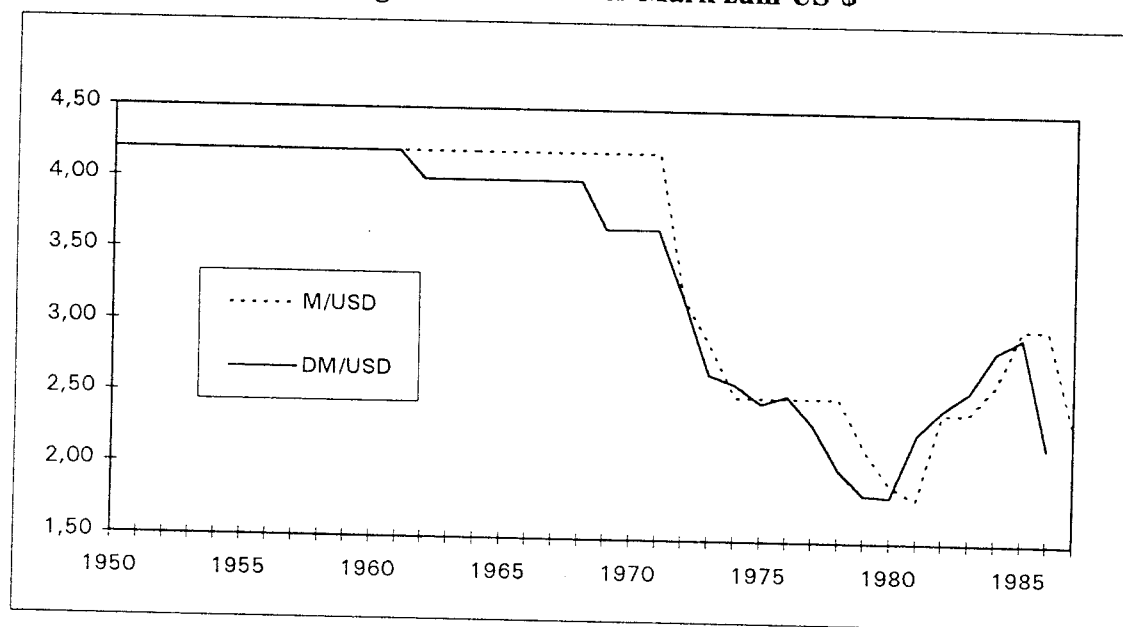
<sup>236</sup> Vgl. MAH/6055/31: Brief des Stellvertreters des MdF, Sandig, an den Stv. des Vors. des Ministerrates und MAI, Rau, Berlin, 12.4.1960: "Der interne Charakter dieser Verrechnungsmethode machte sich deshalb notwendig, weil eine Veröffentlichung einer de facto-Abwertung unserer Währung gleichkäme und die Währungsrelationen zu den anderen sozialistischen Staaten, insbesondere aber zum Rubel, beeinflussen würde. Eine Beratung, die Genosse Rumpf [Finanzminister der DDR] seinerzeit im Auftrage des Politbüros nach der Sitzung mit den verantwortlichen sowjetischen Genossen führte, bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung. Die sowjetischen Genossen brachten damals zum Ausdruck, daß nur eine interne Veränderung der Verrechnungsmethode vertretbar sei, jeder andere Schritt könne nur in gemeinsamer Abstimmung zwischen den sozialistischen Staaten gegangen werden."

<sup>237</sup> MAH/6055/31: Brief ..., Berlin, 12.4.1960

nationale Geldeinheit, mit der auf der Grundlage der internen Umrechnungskoeffizienten die Valutabeziehungen, die sich aus den einzelnen Export- und Importoperationen ergeben, einheitlich bewertet und mit den nationalen Geldbeziehungen vergleichbar gemacht werden."<sup>238</sup>

Aufgrund dieses Bruchs war die Mark der DDR gegenüber der DM und über die Kursrelationen der DM gegenüber anderen kapitalistischen Währungen zumindest bis Ende 1971 überbewertet, nach der zweiten Aufwertung der DM gegenüber allen führenden kapitalistischen Währungen in 1969 und der Abwertung des Dollars um 13,5 % in 1971 sogar noch stärker als zuvor, wie die (für die Zwecke der Arbeit bis 1988 erweiterte) Graphik eines MAH-Mitarbeiters aus 1975 zeigt (Vgl. Abbildung 3-4).<sup>239, 240</sup>

**Abbildung 3-4: Entwicklung des Kurses der DM und des internen Umrechnungsverhältnisses der Mark zum US-\$**



Diese noch nicht einmal intern korrigierte Überbewertung der Mark der Notenbank der DDR war ein krasser Fehler der Währungspolitik, der in späteren Jahren auch deutlich kritisiert wurde: "Bei den Vorbereitungen für die Ermittlung des Preisindizes war den Beteiligten klar, daß die Ein- und Ausfuhrpreise der DDR ausgedrückt in Dollar unmöglich der Relation 4,20 : 3,20 folgen können. Der damalige Erkenntnisstand verbunden mit dem Umstand, daß mit solchen Kursänderungen führender kapitalistischer Währungen keine Erfahrungen vorlagen, führte dazu, daß nicht erkannt wurde, daß die \$-Preise sich wie 3,66 : 3,20 bewegen mußten. Das wurde auch vom Plan her nicht berücksichtigt. Der Plan wurde umbewertet von 4,20 auf 3,20 VM-pl je \$, ohne Preiserhöhungen, die bei einer Abwertung auftreten, zu berücksichtigen." Im Handel mit den anderen westlichen Handelspartnern außer der BRD wurde auf die DDR-Betriebe damit bereits "vom Plan her kein ökonomischer Zwang auf das

<sup>238</sup> Weichsel 1967, S. 52

<sup>239</sup> MAH/6055/12: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information zum Problem der nicht den Währungsparitäten entsprechenden Umrechnungsverhältnissen der Mark der DDR zum transferablen Rubel und den kapitalistischen Währungen", Anlage 2b, Berlin, 28.5.1975

<sup>240</sup> Vgl. Weichsel, 1967, S. 130, der für 1964/65 postuliert, daß "durch den internen Umrechnungskoeffizienten diese [von ihm auf der Basis eines Vergleichs von Inlands- und Auslandspreisen ermittelte] Unterbewertung der ausländischen Währungen noch nicht voll ausgeglichen werden. Diese Unterbewertung der ausländischen Währungen wird durch die Industriepreisreform [, durch das 'Peggen' der MdN an die 1968 nochmals aufgewertete DM] und die Veränderung der Vertragspreise im Handel mit den RGW-Ländern noch verstärkt."

Durchsetzen von Preiserhöhungen ausgeübt und deshalb wurden auch kaum welche realisiert).<sup>241</sup>

Die Überbewertung<sup>242</sup> und die daher in DM ausgedrückt zu hohen Exportpreise führten damit zu einer planwidrigen<sup>243</sup> und sehr kritisch bewerteten "Verzerrung in der ökonomischen Orientierung (verringertes ökonomisches Interesse am Export nach der BRD, verstärktes Interesse am Import aus der BRD)"<sup>244</sup> der DDR-Wirtschaft insbesondere im Außenhandel mit der BRD und den anderen kapitalistischen Ländern gegenüber dem benachteiligten RGW: Gemäß einer Berechnung des MAH mit dem Titel "Probleme des Planablaufs 1970 im Handel mit WD/WB (Stand 20.4.1970)" wurde entgegen "einer planmäßigen Steigerung des Exports zum Vorjahr von 20,5% per 20.4.1970 nur ein Zuwachs von 1,3% erreicht", "die niedrigste Steigerungsrate im NSW". "Im Bereich der Grundstoff-, Leicht- und Lebensmittelindustrie gibt es gegenüber 1969 (...) einen Rückgang um 8,0%. (...) Der Import aus WD/WB wurde zum Vorjahr auf 235,4% gesteigert. Das ist die absolut höchste Steigerung im Vergleich zu allen anderen Währungsgebieten."<sup>245</sup>

Insgesamt ergab sich für 1965 folgendes Bild der Außenhandelsrentabilitäten:<sup>246</sup>

**Tabelle 3-1: Rentabilitätsverhältnisse im Außenhandel**

| Rentabilität in Mio MdN   | auf der Basis der 1965 geltenden internen Umrechnungsverhältnisse (inklusive der Auswirkungen der Industriepreisreform) | auf der Basis der einheitlich um 50% erhöhten internen Umrechnungsverhältnisse (inklusive der Auswirkungen der Industriepreisreform) |
|---------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| des gesamten Außenhandels | + 1.052,5                                                                                                               | + 995,2                                                                                                                              |
| des Exports               | - 5.415,3                                                                                                               | + 443,1                                                                                                                              |
| des Imports               | + 6.467,8                                                                                                               | + 552,1                                                                                                                              |

Unter den gegebenen Wechselkursrelationen (linke Spalte) war der Export also defizitär. Dieses Defizit wurde zwar durch die importbedingten Abführungen an den Staatshaushalt überkompensiert, aber der Schaden der langfristigen Fehllenkung der Exporte ist vermutlich höher anzusetzen.<sup>247</sup>

<sup>241</sup> Gutachten der SZS, Abt. 3.5. vom 20.1.1976 (MAH/6054/D)

<sup>242</sup> So ermittelt Weichsel (S. 148) auf der Basis eines Vergleichs von Inlands- und Weltmarktpreisen eine Überbewertung des Inlandspreisniveaus (bei Einbeziehung der Veränderungen durch die Industriepreisreform) gegenüber dem im internen Umrechnungsverhältnis repräsentierten Wechselkurs um 40 bis 50%.

<sup>243</sup> Vgl. auch MAH/6055/22: Brief des Ministers für Außenhandel, Gen. Sölle, an den Minister der Finanzen, Gen. Böhm, vom 23. 04. 1970

Daß dieser Zustand von den staatlichen Organen nicht gewollt war, belegt die isolierte Anhebung des Richtungskoeffizienten gegenüber der BRD von 60% auf 100% per 1.1.1971, durch die die "fehlende Orientierung" zum Teil aufgefangen werden konnte; vgl. Tabelle A3 "Außenhandelskennziffern II" im Anhang.

<sup>244</sup> MAH/6055/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Diskussionsmaterial zur perspektivischen Lösung der mit den internen Umrechnungskoeffizienten zusammenhängenden Probleme", Berlin, 18.11.1971

<sup>245</sup> MAH/5092/11: MAH, Bereich Außenwirtschaftsbeziehungen (Westdeutschland und Westberlin): "Probleme des Planablaufs 1970 im Handel mit WD/WB (Stand 20.4.1970), Berlin, 29.4.1970, S. 2

<sup>246</sup> Weichsel 1967, S. 150ff

<sup>247</sup> Vgl. MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information über Probleme, die sich aus der Neufestlegung des Umrechnungsverhältnisses der Mark zum transferablen Rubel ergeben (letzte Fassung)", ohne Autor, Berlin, 7.5.1970, S. 2. Danach konnten die Betriebe beim Export gegen FD "eine um 35% höhere Planerfüllung erreichen als im Handel mit WD/WB. (...) Dieses Problem derart unterschiedlicher Bewertungen der Warenfonds wird dadurch verschärft, daß beim Import aus Westdeutschland DDR-Bedarfsträger ca. 30% mehr im Rahmen des Planes bei gleichem Wertvolumen

Hätte die DDR -- entsprechend der Alternativrechnung des MAH -- die Wechselkursrelationen intern korrigiert, hätte sich das Verhältnis ausgeglichener dargestellt. *Diese Korrektur der Überbewertung der MdN (rechte Spalte) wurde aber nicht vollzogen. Daher wurde sie für die Betriebe auch nicht sichtbar und somit für ihre Außenhandelsgeschäfte nicht wirksam.* Damit war aber die von der DDR-Wirtschaftswissenschaft postulierte "Meßfunktion" des Valutakurses außer Kraft gesetzt, denn der richtige Ausweis der Rentabilität sowohl des gesamten Außenhandels als auch der einzelnen Außenhandelstransaktionen war nicht mehr gewährleistet.

Da sich durch das geltende interne Umrechnungsverhältnis -- gemessen an den verbindlichen Kennziffern REP und RIP -- eine "im Durchschnitt zu günstige Importrentabilität und zu ungünstige Exportrentabilität ergibt" und "der Import zum Teil direkte ökonomische Nutzeffekte des Exports vereinnahmt", war somit auch die dem Wechselkurs zugesprochene "Stimulierungsfunktion" pervertiert. Die inkorrekte Darstellung schlug sich wertmäßig "im Rechnungswesen der am Außenhandel beteiligten Organe nieder", wo "geldmäßig Verluste ausgewiesen werden, die wertmäßig nicht entstanden sind," und zeitigte somit auch Folgen "im Rahmen der wirtschaftlichen Rechnungsführung"<sup>248</sup>: "Sofern im Interesse der planmäßige Gestaltung der Außenwirtschaftsbeziehungen und der Durchsetzung der Strukturpolitik ein Ausgleich dieser unterschiedlichen Rentabilitätsregelungen erforderlich ist, kann das nur durch zusätzliche, mit der Wirkung des Valutakurses gekoppelte finanzielle Stimuli, wie Exportförderungsprämien, Preiszu- und -abschläge, Zölle und dergleichen erreicht werden."<sup>249</sup>

#### 3.8.3.4. Die Einführung von Exportprämien und Importaufschlägen

Um die Disproportionen und die Folgen der Überbewertung in den Griff zu bekommen, wurde per 1.1.1965 "ein System nach Währungsgebieten differenzierter"<sup>250</sup> Exportprämien und Importaufschläge eingeführt, die bei der Verrechnung der Valutaerlöse und Valutaaufwendungen zwischen der [Noten-]Bank und den Außenhandelsunternehmen sowie bei Berechnungen der Export- und Importrentabilität der einzelnen Außenhandelsoperationen Anwendung finden. Sie werden einheitlich für Export und Import als Aufschlag auf die mit Hilfe der internen Umrechnungskoeffizienten ermittelten Beträge in Valutamark berechnet und wirken somit ähnlich einem Preisaufschlag als Aufschlag für die internen Umrechnungskoeffizienten".<sup>251</sup> So wurden z.B. einem Außenhandelsunternehmen im Export in die UdSSR statt wie bisher 4,67 Rubel 30% mehr, also 6,07 Rubel vergütet, beim Export in den US-Dollar-Raum wurden 7,56 Mark (4,20 Mark + 80%) statt 4,20 Mark vergütet.

Problematisch an diesem System des Preisausgleichs war allerdings, daß es (in seiner Wirkung z.B. den Exportsubventionen in westlichen Industrieländern nicht unähnlich) dem System der wirtschaftlichen Rechnungsführung widersprach, weil "die Abweichungen zwischen Außenhandelspreisen -- ausgedrückt in nationaler Währung -- und den Inlandspreisen zwischen den Außenhandelsorganen und dem Staatshaushalt verrechnet werden. Durch dieses System

---

importieren können als beim Import gegen Freie Devisen, sie also stimuliert werden, Importe aus Westdeutschland durchzuführen."

<sup>248</sup> Weichsel 1967, S. 131

<sup>249</sup> MAH/6055/23: MAH, Abt. Ökon. System: "Zuarbeit zur Währungsvorlage von Gen. Dr. Weichsel, MdF: Zur Festsetzung eines ökonomisch begründeten Valutakurses (Entwurf)", Berlin, 12.6.1969

<sup>250</sup> Die Abschlags- bzw. Aufschlagssätze auf die Exporterlöse und Importaufwendungen lauteten:

|                            |     |
|----------------------------|-----|
| Sozialistische Länder      | 30% |
| Jugoslawien und Kuba       | 45% |
| Westdeutschland/Westberlin | 60% |
| Verrechnungswährungen      | 70% |
| Freie Devisen              | 80% |

<sup>251</sup> Weichsel 1967, S. 53

werden unrentable Außenhandelsgeschäfte möglich gemacht und andererseits [wird] die Verbesserung des ökonomischen Nutzeffekts des Außenhandels durch Veränderung der Waren- und Länderstruktur nicht genügend gefördert".<sup>252</sup>

Als Ausweg aus dieser Situation waren aus währungstechnischer Sicht mehrere Wege denkbar: Nach Meinung des Leiters der Abteilung "Valutaplanung und Finanzen des Außenhandels" im Ministerium der Finanzen<sup>253</sup> wäre es die "konsequenteste Lösung" zur Behebung der fehlerhaften Bewertung gewesen, sowohl den Goldgehalt als auch die Parität zum Rubel so zu ändern, daß sie den international anerkannten Kursen ungefähr entsprechen. Damit hätte der offizielle Wechselkurs in einer Höhe festgelegt werden können, die es erlaubt hätte, auf die internen Umrechnungsverhältnisse sowie das System der Exportprämien und Importaufschläge zu verzichten. Diese Lösung hätte den "theoretischen und praktischen ökonomischen Anforderungen an den Wechselkurs am weitesten" entsprochen.

Mit dieser Lösung hätte auch die Doppelgleisigkeit der offiziellen Wechselkurse und der internen Umrechnungskurse und die entsprechende Doppelarbeit in der Notenbank vermieden werden können. Neben der Vereinfachung und Erleichterung der ökonomischen Analyse würde "die zurzeit für Außenstehende kompliziert erscheinenden Verhältnisse auf dem Gebiet der Umrechnung von Valutabeträgen in MdN bzw. umgekehrt übersichtlicher gestaltet. Die Messung der Effektivität der einzelnen Außenhandelsoperationen würde für breite Kreise verständlicher und überschaubarer."<sup>254</sup>

Die mit dieser Änderung des Wechselkurssystems erhoffte Effizienzsteigerung im Außen- und im Binnenhandel hätte *absolut* natürlich nur unter der Voraussetzung eines Gefüges realistischer (weil am internationalen Preiszusammenhang orientierter) Binnenpreise gelten können. Diese Voraussetzung war jedoch weder in den sechziger Jahren noch zu einer anderen Zeit während der Existenz der DDR gegeben, und somit handelt es sich hier allein um eine *relative* Aussage.

Hätten sich die Betriebe am internationalen Preiszusammenhang orientieren und an diesem Maßstab auch ihre Import- und Exportentscheidungen ausrichten können, hätte dies in wirtschaftlicher Hinsicht vermutlich die Erfolgsmeldungen der Führung -- für jeden Interessierten sichtbar -- ad absurdum geführt. In politischer Hinsicht hätte es den Verzicht auf das Außenhandelsmonopol und -- in letzter Konsequenz -- auf die zentrale Planung bedeutet.

Aus politischen Gründen wurde daher stattdessen die "inkonsequenteste Lösung" gewählt, mit welcher das System gespaltener Wechselkurse und damit die Doppelgleisigkeit und Doppelarbeit aufrechterhalten wurde, um die 1:1-Parität gegenüber der DM beizubehalten und alle Diskussionen über eine sichtbare Abwertung der MDN zu vermeiden. "Da mit dieser Variante die Messung der Effektivität der Außenhandelsoperationen nicht übersichtlicher und

<sup>252</sup> Weichsel 1967, S. 105f.

Zur Bestätigung dieser Sichtweise vergleiche auch Frank 1971, S. 10. Nach dessen Ermittlungen "führte der Umstand, daß Abweichungen vom Preisausgleichsplan in den AHB prämienvirksam wurden, dazu, daß die AHB vor allem Erzeugnisse mit für sie günstigen -- evtl. weich konzipierten -- Preisausgleichssätzen exportierten, ohne die geplante Länderstruktur einzuhalten, [denn] für die Prämienfondszuführungen war unwichtig, in welche Länder die Exporte gingen."

<sup>253</sup> Interessant ist, daß dieser Abteilungsleiter des MdF im Jahre 1968 eine zweite Version seiner im ersten Versuch im 1967 scheinbar nicht angenommenen Dissertation einreichte. [Vgl. DN-1 VS 16/90 Dok.-Nr. 4] An der überarbeiteten Version fällt auf, daß der Autor sich nur mehr theoretisch mit der Frage eines gespaltenen Wechselkurses und den Folgen eines fehlerhaft festgesetzten, weil "ökonomisch nicht begründeten" Wechselkurses auseinandersetzt. In der zweiten Version fehlen der gesamte Abschnitt über die Überbewertung der MdN gegenüber kapitalistischen Währungen und seine Berechnungen zu einem ökonomisch begründeten Wechselkurs, ebenso fehlt die Kritik an der 1:1-Parität zwischen DM und MdN und die pointierte Empfehlung zur Abschaffung dieser politisch bedingten Parität. *Beide Fassungen* der Dissertation waren als VVS eingestuft.

<sup>254</sup> Weichsel 1967, S. 165.

einfacher gestaltet", sondern im Gegenteil in der Folgezeit durch die Trennung von SW- und NSW-Exportplan noch komplizierter wurde, barg "sie die Gefahr falscher Schlußfolgerungen aus den Außenwirtschaftsbeziehungen in sich."<sup>255</sup>

### 3.8.3.5. Das System differenzierter Richtungskoeffizienten

Um zusätzlich dem Automatismus der Verrechnung über den Staatshaushalt zu begegnen, welchen das Preisausgleichssystem der Exportprämien und Importaufschläge der Außenhandelsbetriebe mit sich gebracht hatte, wurde im Rahmen des neuen ökonomischen Systems versucht, die Inlandsproduzenten direkter in den Außenhandel einzubinden, indem bei einem Teil der Exportbetriebe ab 1969, allgemein bei den zentralgeleiteten Kombinat ab 1971, ein "einheitliches Betriebsergebnis" gebildet wurde, in das auch das Exportergebnis unmittelbar einging. Im Unterschied zu vorher erhielten die Betriebe daher nicht mehr die Inlandspreise der exportierten Güter, sondern die auf den Exportmärkten erzielten Erlöse.<sup>256</sup> Damit wurden "die Exportrentabilität und damit auch die Rentabilitätsunterschiede im einheitlichen Ergebnis der Exportbetriebe erstmalig sichtbar"<sup>257</sup> gemacht.

Die Inlandsproduzenten und die Außenhandelsbetriebe konnten aber nicht für die -- von ihnen selbst nicht zu vertretenden -- Auswirkungen der Wechselkursfestlegung auf das einheitliche Betriebsergebnis verantwortlich gemacht werden. Um solche Effekte auszuschließen, wurde per Politbüro-Beschluß<sup>258</sup> vom 5.12.1967 das Preisausgleichssystem per 1.1.1969 in ein System von sogenannten "differenzierten Richtungskoeffizienten" überführt, mit denen "die politisch-territoriale Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage des Planes und in Übereinstimmung mit den außen- und wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten aktiv"<sup>259</sup> gesteuert werden sollte.

Wie die Exportprämien und Importaufschläge hatten auch die Richtungskoeffizienten in ökonomischer Hinsicht primär die Aufgabe, "wesentliche Unterschiede im Niveau der Valutapreise vergleichbarer Waren zwischen den verschiedenen Währungsgebieten auszuschalten."<sup>260</sup> Daneben hatten die Richtungskoeffizienten aber noch andere Aufgaben. So waren sie "als Instrument zu nutzen [u.a.] zur Durchsetzung der außen- und handelspolitischen Zielstellung; vor allem zur Zurückdrängung der westdeutschen Alleinvertretungsanmaßung [gemäß der in 1968 noch gültigen Hallstein-Doktrin], zur Steuerung des Handels (...) entsprechend den politischen und ökonomischen Erfordernissen (...), und zur Sicherung langfristig ausgeglichener Zahlungsbilanzen, besonders gegenüber den Schwerpunktländern des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes."<sup>261</sup>

Die letztgenannte Aufgabe der Exportstimulierung gegenüber den kapitalistischen Ländern war für die DDR zu jenem Zeitpunkt (1968/69) besonders wichtig, denn "gegenwärtig ist die

---

<sup>255</sup> Weichsel 1967, S. 167

<sup>256</sup> Vgl. Frank 1971, S. 10

<sup>257</sup> MAH/5092/18: MAH, Abt. Ökon. System, Forschung und Bildung: "Vermerk für Gen. Minister Sölle zur Problematik des Rentabilitätsgefälles zwischen SW- und NSW-Export", Berlin, 24.10.1968

<sup>258</sup> Politbüro-Beschluß "Die Außenwirtschaft im ökonomischen System des Sozialismus - die nächsten Schritte zur Durchsetzung des ÖSS in der Außenwirtschaft" vom 5.12.1967

<sup>259</sup> MAH/5092/15: MAH, Abt. Ökon. System: "Vorschläge für zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Exports in das Währungsgebiet Freie Devisen in den Jahren 1969/70"

<sup>260</sup> Vgl. MAH/5092/15: MAH, Abt. Ökon. System: "Vorschläge..."

<sup>261</sup> MAH/5092/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Zur Problematik und Weiterentwicklung des Systems von nach Währungsgebieten und Ländern differenzierten Richtungskoeffizienten zur ökonomischen Steuerung des Außenhandels", Berlin, 12.11.1968, S. 1

Zahlungsbilanzsituation im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet und besonders im Währungsgebiet Freie Devisen außerordentlich angespannt."<sup>262</sup>

In dieser Hinsicht versagten die Richtungskoeffizienten jedoch teilweise aufgrund ihrer konkreten Festlegung, teilweise aufgrund ihrer Konstruktionsmängel<sup>263</sup>. Dies galt insbesondere für das Verhältnis zwischen SW- und NSW-Export, denn "für die überwiegende Mehrzahl der Betriebe ist es [trotz Einbeziehung der differenzierten Richtungskoeffizienten und trotz der zusätzlichen Stimulierung über die ebenfalls in 1969 eingeführten "Exportsonderzuführungen"<sup>264</sup>] vorteilhafter, den SW-Export zu Lasten des NSW-Exports zu forcieren."<sup>265</sup>

Eine Berechnung<sup>266</sup> des Ministeriums für Außenhandel weist diesen Sachverhalt für 1969 nach:

|       | Inlandsaufwand je<br>1 VM (IAP/BP +<br>Zirkulationskosten) | nicht gedeckter<br>Inlandsaufwand<br>je 1VM | Richtungs-<br>koeffizient<br>(Riko) | Exportgewinn<br>bzw. -verlust je<br>1VM + Riko |
|-------|------------------------------------------------------------|---------------------------------------------|-------------------------------------|------------------------------------------------|
| SW    | 1,25                                                       | 0,25                                        | 30 %                                | + 0,05                                         |
| VW    | 2,03                                                       | 1,03                                        | 70 %                                | - 0,33                                         |
| FD    | 2,38                                                       | 1,38                                        | 80 %                                | - 0,58                                         |
| WD/WB | 1,93                                                       | 0,93                                        | 60 %                                | - 0,33                                         |

<sup>262</sup> MAH/5092/15: MAH, Abt. Ökon. System: "Vorschläge..."

<sup>263</sup> "Bei der Festlegung der Richtungskoeffizienten wurde vom Gesamtvolumen des Export- und Importumsatzes ausgegangen. Das Aufwand- Erlös-Verhältnis der Exporte und Importe zwischen den einzelnen Wirtschafts- und Währungsgebieten ist [jedoch] unterschiedlich. (...) Während im sozialistischen Wirtschaftsgebiet das Aufwand-Erlös-Verhältnis beim Export unter dem des Imports liegt, ist dies beim nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet umgekehrt und außerdem in den Währungsgebieten noch differenziert. Durch die Bildung eines einheitlichen Richtungskoeffizienten aus Export und Import werden die echten Preisniveaunterschiede nicht mehr in vollem Umfange zum Ausdruck gebracht. In bezug auf den Export führt das zu einem höheren Richtungskoeffizienten gegenüber dem Aufwand-Erlös-Verhältnis im sozialistischen Wirtschaftsgebiet. Im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet bleibt demgegenüber der Richtungskoeffizient unter dem Aufwand-Erlös-Verhältnis im Export." Aus: MAH/5092/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Zur Problematik...", S. 7f; vgl. hierzu auch MAH/5092/13: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung der Wirkungsweise des gegenwärtig gültigen Umrechnungskoeffizienten und der Richtungskoeffizienten", S. 4f sowie MAH/5092/16: MAH, Abt. Ökon. System: "Begründung", S. 3f

<sup>264</sup> Vgl. MAH/6052/X: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Analyse der bis 1981 gezahlten Exportsonderzuführungen", Berlin, 1.10.1982

Die Exportsonderzuführung wurde in Mark der DDR ausgezahlt; sie war wie folgt ausgestaltet:

Von 1969 bis 1977 nur für KD-Exporte der zentralgeleiteten Exportbetriebe

- in Abhängigkeit vom realisierten KD-Export (10% des Exporterlöses) und
- bei Einhaltung der beauftragten NSW-Exportrentabilität bzw. bei keiner Verschlechterung der Exportrentabilität gegen KD zum Vorjahr.

Ab 1978 erhielten auch die bezirksgeleiteten Exportbetriebe diese Exportsonderzuführung, und zwar wie auch die zentralgeleiteten Exportbetriebe einheitlich einen 5% -Zuschlag auf alle NSW-Exporte.

Die möglichen Verwendungen der Exportsonderzuführung waren zwar gesetzlich eingeschränkt auf alle Maßnahmen, die dem Zweck der Exportförderung dienten, aber die Betriebs- und Generaldirektoren der Kombinate waren in der Interpretation dieser Klausel relativ frei.

<sup>265</sup> MAH/5092/18: MAH, Abt. Ökon. System: "Vermerk ..."

"Ursachen für die Rentabilitätsunterschiede sind:

- günstigere Preise beim Export in die RGW-Länder, die in einigen Zweigen erheblich über den derzeitigen Weltmarktpreisen liegen(...)
- im SW große Serien, stabile Absatzmärkte, relativ niedrige Serviceleistungen und Kosten für die Marktbearbeitung, Werbung usw.
- im NSW härtere Konkurrenzbedingungen, hohe Kosten für Kundendienst und Marktbearbeitung etc.
- eine wesentliche Rolle spielt die im Vergleich zum SW beim Handel mit nichtsozialistischen Ländern ungünstige Warenstruktur. Das heißt, wir erwirtschaften die Devisen im NSW zu einem erheblichen Teil mit unrentablen Exportwaren."

<sup>266</sup> MAH/5092/15: MAH, Abt. Ökon. System: "Vorschläge..."

Generell jedoch scheiterten die beabsichtigten Wirkungen der Richtungskoeffizienten wie auch der vor ihnen gültigen Exportprämien und Importaufschläge an den Machtstrukturen in der Wirtschaft<sup>267</sup>, an der restriktiven Informationspolitik der DDR-Institutionen<sup>268</sup> und an den fortbestehenden Problemen des vom DDR-Außenhandel angebotenen, für den NSW-Export qualitativ weitgehend unzureichenden Güterangebots<sup>269</sup>; sie versagten als 'Heilmittel', sondern erwiesen sich als unzulängliche Instrumente, die nicht in der Lage waren, die Symptome der systemimmanenten Probleme der DDR-Wirtschaft zu verdecken.

### 3.8.3.6. Die zweite Inkonsistenz: Die Trennung des einheitlichen Außenhandelsplanes in "SW"- und "NSW"-Teil und die Einführung des "Statistik-Koeffizienten"

Die Vermeidung der offenen Abwertung gegenüber der DM und dem Dollar und die Beibehaltung der politisch begründeten 1:1-Parität zur DM der BRD hatten die Einführung des Systems interner Umrechnungskoeffizienten mit der Valutamark als an die DM 'gepeggte Ankerwährung' erzwungen. Schon beim Verständnis der Konsequenzen dieser Maßnahme waren die im Export tätigen Betriebe der DDR offensichtlich überfordert gewesen.

Um auf die im Export tätigen Betriebe "einen starken Druck auszuüben auf die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten und der Preise" und "im Interesse der Weiterentwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus sowie der Vertiefung der ökonomischen Integration zwischen den Mitgliedsländern des RGW", wurde der *interne* Kurs des transferablen Rubels gegenüber der Mark der DDR per 1.1.1971 und für den gesamten Perspektivplanzeitraum 1971-1975 von 4,67 Mark auf 5,50 Mark *einseitig* aufgewertet.<sup>270</sup>

<sup>267</sup> Vgl. MAH/5092/13: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung der Wirkungsweise ...": In der Preisbildungspraxis wurden in einer Reihe von Fällen, insbesondere bei großen Investitionsobjekten, auf Druck der abnehmenden Industrie die Richtungskoeffizienten nicht oder nicht in voller Höhe kalkulationswirksam. Das hat zur Folge, daß

- falsche Strukturentscheidungen gefällt werden können,
- die Exportrentabilität auf Grund der Unterbewertung der Grundmittel zu günstig ausgewiesen und damit eine falsche Exportorientierung ausgelöst wird."

<sup>268</sup> Vgl. MAH/5092/13: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung der Wirkungsweise ...": "Die falschen Auffassungen vom ökonomischen Inhalt des Richtungskoeffizienten werden durch folgende Umstände noch begünstigt:

- In DDR-Publikationen zu Währungsproblemen wurde der Inhalt des Valutakurses unterschiedlich interpretiert.
- Bei Einführung der damaligen Exportprämien und Importaufschläge, die bereits begrifflich falsch orientieren, bzw. der Richtungskoeffizienten gab es keinerlei offizielle Argumentationen.

- Alle Materialien, die die Richtungskoeffizienten und internationalen Preisvergleiche betreffen, tragen VVS-Charakter, so daß die Informiertheit gering ist.

- Die Verrechnung des Umrechnungskoeffizienten wird mit der Außenhandelsbank, die Verrechnung des Richtungskoeffizienten mit dem Staatshaushalt vorgenommen. Die Verrechnung des Richtungskoeffizienten mit dem Staatshaushalt erweckt den Anschein, daß der Richtungskoeffizient nicht Valutabestandteil ist."

<sup>269</sup> Vgl. MAH/5092/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Zur Problematik...", S. 6: "Die Wirkungsweise der Richtungskoeffizienten wird insbesondere durch folgende Faktoren eingeschränkt:

- Angesichts der noch völlig ungenügenden Bereitstellung der erforderlichen Warenfonds [für den Export ins NSW, insbesondere FD-Währungsgebiet] tritt die Bedeutung der Richtungskoeffizienten in den Hintergrund. (...)

- Weltmarktfähige, exportrentable Erzeugnisse, die den Markterfordernissen entsprechen, werden zu wenig bereitgestellt. (...) Zur maximalen Sicherung der staatlichen Aufgabe Export müssen alle Möglichkeiten des Absatzes alter Technik ausgenutzt werden, ohne dabei eine optimale Länderstruktur zu erreichen."

<sup>270</sup> MAH/5092/12: MAH, Abt. Ökon. System: "Information zum Problem der Festlegung des Valutakurses der Mark der DDR zum transferablen Rubel für den Perspektivplanzeitraum 1971 - 1975 (Kurt Fenske)", ohne Datum, gemäß Kontext Herbst 1969

Vgl. auch MAH/6055/19: MdF, Genn. König: "Vorschläge für die Festsetzung der Umrechnungsverhältnisse der Mark, die im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet im Perspektivplanzeitraum 1971 - 1975 angewandt werden sollen", Berlin, 10.6.1970

Aus diesem Positionspapier und anderen Dokumenten geht hervor, daß diese Entscheidung zwischen den verschiedenen Ministerien der DDR und auch zwischen Mitarbeitern einzelner Ministerien heftig umstritten war. Während das MdF ursprünglich einen Kurs von 5,20 Mark/trf. Rubel vorgeschlagen hatte, konnte sich anscheinend das MAH mit seinem Kompromißvorschlag von 5,50 Mark durchsetzen. Für einzelne hochrangige Mitarbeiter des MdF und des MAH ist aus den Akten allerdings ersichtlich, daß sie eine Anpassung über niedrigere Richtungskoeffizienten im Sinn hatten und nicht die durchgesetzte einseitige Aufwertung der Mark der DDR.

In diesem Diskussionspapier werden detailliert auch die zusätzlichen Probleme, geschildert, die sich aus der Tatsache

Der Richtungskoeffizient in Höhe von 30% gegenüber den sozialistischen Ländern wurde abgeschafft, gleichzeitig wurde zur Vermeidung eines zu abrupten Aufwertungsdrucks eine Übergangsregelung<sup>271</sup> eingeführt, nach welcher die Betriebe pro 1 Transferrubel Exporterlös einen Zuschlag in Höhe von 0,35 Mark erhielten.

Die unmittelbare Auswirkung auf die Liquidität und das Export- und Importverhalten der Betriebe durch die resultierende faktische Abwertung der Mark (von 6,07 Mark auf 5,85 Mark je 1 trf. Rubel) schien nicht unüberblickbare gravierende Konsequenzen zu haben. Diese Neufestsetzung des Wechselkurses der Mark der DDR gegenüber dem Transferrubel erfolgte jedoch *einseitig* und *intern*: Sie war eine *einseitige* "Festlegung der internen Umrechnungsverhältnisse zu kapitalistischen Währungen abweichend von der Parität des Rubels zu den kapitalistischen Währungen" in dem Sinne, daß gleichzeitig die bisher bestehende Parität gegenüber dem US-Dollar in Höhe von 4,20 Mark beibehalten wurde. Die Neufestsetzung wurde nur *intern* vorgenommen mit der Folge, daß der Kurs der Valutamark zum transferablen Rubel in Höhe von 4,67 VM für 1 transferablen Rubel für statistische Veröffentlichungen beibehalten wurde: "Mit der Verwendung stabiler Umrechnungskurse in der Öffentlichkeitsstatistik der DDR wurde beabsichtigt, die Auswirkungen des Kursverfalls der kapitalistischen Hauptwährungen zu eliminieren, um eine kontinuierliche Entwicklung des Außenhandels der DDR auszuweisen."<sup>272</sup>

Die Leitwährungskurse wurden per 1.1.1971 intern festgelegt auf

1 Rubel = 5,50 Valutamark,  
1 Dollar = 4,20 Valutamark und  
1 DM = 1 Valutamark

Durch diese Maßnahme war das Wechselkursgeflecht der DDR nunmehr *zweifach* statistisch überdeterminiert<sup>273</sup>: Neben der bereits bestehenden, durch das Peggen der Mark der DDR an die faktische "Leitwährung" DM hervorgerufenen Inkonsistenz entstand eine zweite. Sie sollte in mehrfacher Hinsicht fatale Folgen zeitigen, die alle mit der Organisation, Abwicklung und Dokumentation des Außenhandels beauftragten Institutionen und Ebenen betrafen und die [tragischerweise] von der Ministerialbürokratie teilweise klar vorhergesehen, aber bei der Beschlußfassung nicht berücksichtigt wurden.

Den im folgenden evaluierten Konsequenzen dieses wiederum primär politisch motivierten Eingriffs sei aber eine generelle Feststellung vorangestellt: Diese zweite Inkonsistenz wie auch

---

ergaben, daß der Handel mit der Volksrepublik China, der SFR Jugoslawien, der VR Kuba und später auch mit der VR Mocambique in kapitalistischen Währungen (gegenüber China in "Verrechnungsfranken", gegenüber Jugoslawien und Mocambique über "Verrechnungsdollar" und gegenüber Kuba über an den Wert des Dollars gekoppelte "Verrechnungspesos") abgewickelt wurde. Diese Zahlungsweise erforderte zusätzlich zum Richtungskoeffizienten für diese Länder die Festlegung eines separaten "Planungsfaktors", um zumindest für das sozialistische Wirtschaftsgebiet einen einheitlichen Exportplan aufstellen zu können und nicht auch diesen Plan noch aufspalten zu müssen.

Diese Modi der Zahlungsabwicklung müssen als weitere Erschwernis des DDR-Außenhandels angesehen werden, sie werden aber im weiteren vernachlässigt, da sie darüberhinaus keinen weiteren Erkenntnisgehalt haben.

<sup>271</sup> Während die Exportbetriebe bis dato pro 1 Transferrubel 6,07 Mark (= 4,67 + 30%) erhalten hatten, wurde ihnen ab jetzt 5,85 Mark pro 1 Transferrubel Exporterlös vergütet. Diese Übergangsregelung wurde per 31.12.1973 wieder abgeschafft.

<sup>272</sup> MAH/6054/H: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information über Probleme beim Ausweis der Außenhandelsumsätze der DDR in der Statistik", (ohne Datum) 1980, S. 1

<sup>273</sup> Im internationalen Handel galten zum Zeitpunkt dieser sehr speziellen "Währungsreform" noch die Goldgehalts-Kursrelation 1 Rubel = 1,11 US-Dollar sowie der Wechselkurs 1 US-Dollar = 3,66 DM. Sukzessives Einsetzen dieser Kursrelationen verdeutlicht die zweifache Überdeterminierung und belegt die Notwendigkeit der zweifachen Korrektur über die internen Umrechnungskoeffizienten.

die erste und wie im übrigen auch alle anderen Einzelmaßnahmen waren nicht per se ursächlich verantwortlich für den Niedergang der DDR-Wirtschaft -- ihre Beseitigung allein hätte den Niedergang nicht aufgehalten, allenfalls minimal verzögert. Sie sind eher als *zusätzliche Erschwernisse* zu betrachten, die den exportorientierten DDR-Betrieben den möglichen, aber von der staatlichen Führung nicht immer erwünschten freien Blick auf die Weltmarktpreise und die Orientierung an diesen Preisen erschwerten oder sogar gänzlich verwehrten.

1. Aufgrund der Neufestsetzung der Parität des transferablen Rubels mußte der bisher einheitliche Außenhandelsplan in zwei separate Teile für das NSW und das SW geteilt werden.

"Durch das Abgehen von den bestehenden Paritäten des transferablen Rubels zu den kapitalistischen Währungen entsprechend dem Vorschlag des MdF wird ein unterschiedlicher Maßstab für die Bewertung der Warenfonds im SW und im NSW angewendet, d.h., daß die Warenfonds im SW um 17,8% höher bewertet werden als im NSW."<sup>274</sup> Damit "schaffen wir eine neue Lage. Bisher gab es einen einheitlichen Maßstab für die Bewertung der Warenfonds im Plan. Mit der einseitigen Veränderung des Umrechnungsverhältnisses wird erstmalig diese einheitliche Basis verlassen."<sup>275</sup>

2. Auch für diese Auswirkung der Neufestlegung der internen Umrechnungskurse muß die DDR-Bürokratie "eine einleuchtende Begründung" schuldig bleiben. "Die mit der Trennung des einheitlichen Planes in zwei Teile verbundene Problematik der Veränderung des internen Umrechnungskoeffizienten ist ohnehin kaum noch ausgebildeten Ökonomen erklärbar, geschweige denn all den Werktätigen in den Betrieben, die damit in Berührung kommen."<sup>276</sup>

Durch diese weitere währungspolitische Maßnahme wurde die Überforderung der Betriebe noch gesteigert, die währungspolitische Konfusion wurde perfektioniert, "die Leitung der Außenwirtschaftsprozesse (...) außerordentlich erschwert"<sup>277</sup>: Bereits zum Zeitpunkt der Einführung "sind Planung und wirtschaftliche Rechnungsführung bedeutend aufwendiger und komplizierter geworden. Die ökonomische Kategorie Kurs bzw. interner Umrechnungskoeffizient und die mit ihm verbundenen anderen Kategorien bzw. Hebel (Planungsfaktor und Richtungskoeffizienten) sind nur noch für Fachexperten durchschaubar."<sup>278</sup>

Für die Zukunft wurden weitere Verschlimmerungen prognostiziert, denn "die sich aus dieser Lage ergebende Notwendigkeit, unerwünschte Wirkungen aufzuheben, werden eine Vielzahl administrativer Maßnahmen erzwingen, die das System der Planung der Außenwirtschaft unübersichtlich, kaum noch [für die für die zentrale Planung verantwortlichen] Spezialisten, nicht aber für die große Zahl der leitenden Funktionäre in Industrie und Staatsapparat verständlich macht."<sup>279</sup>

3. Zugleich ergaben sich aus dieser Maßnahme auch ideologische und Motivationsprobleme im Verständnis der Werktätigen als Konsequenz aus den täglichen Fortschrittsmeldungen des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus, denn "für einen breiten Kreis von Werktätigen hat diese Maßnahme zur Folge, daß der Rubel im Vergleich zum Dollar aus der Sicht der Planung der materiellen Fonds als abgewertet erscheint."<sup>280</sup>

<sup>274</sup> MAH/5092/8: MAH, Abt. Ökon. System: "Information über den Stand der Arbeiten zur Vorbereitung der Entscheidungen zum Umrechnungsverhältnis der Mark zu kapitalistischen Währungen", Berlin 12.6.1970, S. 3

<sup>275</sup> MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", S. 4, ohne Autor, Berlin, 7.5.1970

<sup>276</sup> MAH/5092/4: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung der Probleme, die durch die Trennung des einheitlichen Außenwirtschaftsplanes in zwei Planteile entstanden sind", Berlin, 5.3.1971, S. 3

<sup>277</sup> MAH/6055/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Diskussionsmaterial ...", 18.11.1971, S. 1

<sup>278</sup> MAH/6055/17: MAH, Abt. Ökon. System: "Diskussionsmaterial ...", 18.11.1971, S. 1

<sup>279</sup> MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", S. 4, ohne Autor, Berlin, 7.5.1970

<sup>280</sup> MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", S. 5, ohne Autor, Berlin, 7.5.1970

4. Daneben gab es Probleme, die währungspolitischen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit auch den "sowjetischen Genossen" zu erklären, die die währungspolitischen Maßnahmen als Abwertung betrachteten.<sup>281</sup> "Die sowjetischen Genossen kritisieren die sehr hohen Richtungskoeffizienten, die notwenig sind, um für die Rentabilitätsberechnung und für die wirtschaftliche Rechnungsführung im NSW-Export der Betriebe einen Ausgleich zu schaffen, weil durch diese sehr hohen Aufschläge auf den Valutagegenwert für die Betriebe der Export nach dem NSW vorteilhafter erscheint als der Export nach der UdSSR."<sup>282</sup>
5. Für alle Beteiligten war mit dieser Zweiteilung des Ex- und Importplans ein erheblich höherer Aufwand verbunden: "Durch die vom MdF vorgeschlagene Trennung in zwei nicht aggregierbare Pläne treten in den Betrieben und in den zentralen Staatsorganen durch den Wegfall der Gesamtkennziffer Export und Import als wichtige Führungsgrößen weitere Probleme auf, die sowohl politische Diskussionen hervorrufen als auch einen unerhört großen Verwaltungsaufwand erfordern. Zum Beispiel ist eine ständige Umrechnung bzw. Umbewertung der Warenfonds bei volkswirtschaftlich notwendigen Planverlagerungen zwischen SW und NSW erforderlich. Die Übereinstimmung zwischen den beiden Plänen SW und NSW auf den verschiedenen Führungsebenen wird erschwert bzw. zum Teil, wie das besonders bei den MAK-Bilanzen der Fall ist, unmöglich gemacht."<sup>283</sup> "Die Vergleichbarkeit der Außenwirtschaftsentwicklung zwischen den Wirtschaftsgebieten und Zeiträumen ist nur zentral nach komplizierten Umrechnungen gegeben."<sup>284</sup> "Ohne solche Umrechnung ist [jedoch] kein Werkleiter mehr in der Lage zu sagen, wie hoch sein Gesamtexport ist, weil er 5,50 M für 1 trf. Rubel und 4,20 VM für 1 Dollar nicht mehr addieren kann, und zwar nicht nur wegen der unterschiedlichen Bezeichnung des Gegenwertes, sondern vor allem wegen der verzerrten Bewertung der Warenfonds."<sup>285</sup> Die für solche Umrechnungen notwendigen Koeffizienten wurden den Betrieben aber nicht zur Kenntnis gegeben.<sup>286</sup>
6. Zusätzlich hatten "sich durch die Komplizierung der Planung die Fehlerquellen auf allen Ebenen der Planung und Planabrechnung in einem erheblichen Umfange vergrößert"<sup>287</sup>, die Arbeiten der AHB und Exportbetriebe bei der Vermarktung ihrer Produkte wurden erschwert und die sowieso bereits bestehende Gefahr falscher (weil den Intentionen des Plans widersprechender) Preisfestlegungen und damit verbundener volkswirtschaftlicher Verluste wuchs weiter.

<sup>281</sup> MAH/6055/12: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", S. 3, Berlin, 28.5.1975: "Durch die Anlehnung unserer Umrechnungsverhältnisse an die Westmark-Kurse werden sehr hohe Richtungskoeffizienten notwendig, um für die Rentabilitätsberechnung und wirtschaftliche Rechnungsführung der Betriebe den notwendigen Ausgleich zu schaffen. Damit läuft die Bewertung der Warenfonds im Plan und in der wirtschaftlichen Rechnungsführung stark auseinander. Die hohen Richtungskoeffizienten führen zu der Annahme, daß die DDR den Handel mit den kapitalistischen Ländern außerordentlich stark stimuliert. Diese Tatsache hat verschiedentlich zu Bemerkungen von seiten der sowjetischen Genossen Anlaß gegeben."

<sup>282</sup> MAH/6055/13: MAH, Abt. Ökon. Regelungen (König/Fenske): "Information zur Veränderung der internen Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR", Berlin, 12.5.1975, S. 3

<sup>283</sup> MAH/5092/8: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", Berlin 12.6.1970, S. 3f

<sup>284</sup> MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", S.5, ohne Autor, Berlin, 7.5.1970

<sup>285</sup> MAH/5092/4: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung ...", Berlin, 5.3.1971, S. 2

<sup>286</sup> Nach Auffassung der Stellvertreterin des Ministers der Finanzen war der Eindruck zu vermeiden, "daß die in der Außenwirtschaftstätigkeit der Betriebe echt erreichten ökonomischen Ergebnisse nachträglich korrigiert würden. Aus diesem Grunde wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Betriebe keine statistischen Umrechnungsfaktoren zur Kenntnis erhalten und die Veröffentlichung z.B. von Messeabschlägen - soweit unbedingt notwendig - nur in materiellen Kennziffern der Außenwirtschaft oder in ausländischen Währungen (trf. Rubel oder kapitalistische Währungen, in denen die Verträge abgeschlossen wurden) erfolgen. In ganz besonderen Ausnahmefällen sollten für interne Zwecke der langfristigen Vergleichbarmachung von Kennziffern der Außenwirtschaft die Ausweise der Exporte und Importe in Mark bzw. Valutamark zu den geltenden Umrechnungsverhältnissen erfolgen." Vgl. MAH/6054/B: MdF, Stv. des Min.: S. 2; Unterstreichung im Original, C.H.

<sup>287</sup> MAH/5092/4: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung ...", Berlin, 5.3.1971, S. 2

Speziell aufgrund der Nichtanpassung des Mark-Kurses an den Dollar entsprechend der nach der Aufwertung der DM geltenden DM-Dollar-Parität bestand zwischen 1961 und 1971 erhebliches Verlustpotential, denn "bei der Kalkulation der Valutapreise auf der Grundlage von westdeutschen Preisdokumentationen müssen die Betriebe von den geltenden internen Umrechnungsverhältnissen abweichen, um den Paritäten der kapitalistischen Währungen zueinander entsprechende Preise zu erhalten. Verlassen sie bei der Preiskalkulation die geltenden Umrechnungsverhältnisse nicht, entsteht für die DDR ein echter Verlust."<sup>288</sup>

Auch "bei der Preisdokumentation und den Preisverhandlungen mit den RGW-Ländern wird die Arbeit erschwert [weil die Umrechnungsverhältnisse der Mark bei der Bewertung der in kapitalistischen Währungen dokumentierten Preise in transferablen Rubeln wegen der bestehenden Disparitäten überhaupt nicht verwendbar sind<sup>289</sup>]. Das hat zunehmende Bedeutung, weil der Aufwand durch die jährlich durchzuführenden Preisvergleiche stark anwächst."<sup>290</sup> Insgesamt wurde "die für die Kalkulation der Valutapreise auf der Grundlage von Preisdokumentationen in ausländischen Währungen erforderlichen Klarheit und Einheitlichkeit gestört."<sup>291</sup>

7. Die späteren, immer drängender werdenden Zahlungsbilanzprobleme der DDR waren damit in den Augen der Ministerialbürokratie der DDR bereits vorprogrammiert, denn "im Gegensatz zu den Grundsätzen des ökonomischen Systems wirkt die WRF nicht in Übereinstimmung mit dem Plan."<sup>292</sup> Durch diese Maßnahme "erfolgt eine vorrangige Stimulierung der Betriebe und Kombinate auf die Planung und Plandurchführung des Exports in das sozialistische Wirtschaftsgebiet und beim Import aus dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet"<sup>293</sup>, und damit "würden nicht zu verantwortende Auswirkungen auf die [bereits jetzt]angespannte Zahlungsbilanzsituation eintreten."<sup>294</sup> Zusätzlich wurde die Zahlungsbilanzpolitik deutlich erschwert, denn durch die Wechselkursfestlegung wurde "die Ausarbeitung von zwei getrennten Zahlungsbilanzen (SW in M -- NSW in VM) erforderlich, die nicht aggregierbar sind. Das bedeutet, daß keine Aussage über die Entwicklung der Zahlungsbilanz insgesamt und einzelner Faktoren der Zahlungsbilanz möglich ist."<sup>295</sup>
8. Aufgrund der erforderlichen Umstellung der Statistik waren auf keiner Ebene der Wirtschaft mehr längerfristige Vergleiche möglich, ohne umständliche und zentral durchgeführte Umrechnungen zu bewerkstelligen. "Korrekturrechnungen aufgrund von Veränderungen der internen Umrechnungsverhältnisse erfolgen nicht
  - in der Planung und Planabrechnung für die Kombinate und AHB,
  - für die Abrechnung nach Warenbereichen des MAH, für deren Berechnung die entsprechenden Zahlen für die AHB vorliegen müßten,
  - beim statistischen Ausweise langfristiger Reihen,
  - für die Anwendung der Stimulierungsregelungen hinsichtlich des Valutafonds, der zusätzlichen Zuführungen zum Prämienfonds und für die Sonderzuführungen für den

<sup>288</sup> MAH/6055/14: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Problemvorlage zu den Fragen des internen Umrechnungskoeffizienten für Währungen des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebietes für die Genossen Minister Böhm und Sölle", Berlin, 21.12.1971, S. 5

<sup>289</sup> MAH/6055/12: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information ...", Anlage 2b, Berlin, 28.5.1975, S. 3

<sup>290</sup> MAH/6055/13: MAH, Abt. Ökon. Regelungen (König/Fenske): "Information ...", Berlin, 12.5.1975, S. 3f

<sup>291</sup> MAH/6055/15: MAH, Abt. Ökon. System: "Vorlage für das Präsidium des Ministerrates: Vorschläge für die Veränderung der Umrechnungsverhältnisse der Mark in kapitalistische Währungen", Berlin, 29.12.71, S. 3

<sup>292</sup> MAH/5092/10: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", ohne Autor, Berlin, 7.5.1970, S. 3

<sup>293</sup> MAH/5092/8: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", Berlin 12.6.1970, S. 3

<sup>294</sup> MAH/5092/8: MAH, Abt. Ökon. System: "Information ...", Berlin 12.6.1970, S. 1

<sup>295</sup> MAH/6055/19: MdF: "Vorschläge für die Festsetzung ...", Berlin, 10.6.1970, S. 10

NSW-Export. (...) Vergleichsrechnungen aufgrund von Veränderungen der internen Umrechnungsverhältnisse sind [hier] ausgeschlossen, weil die Währungsstruktur nicht nach Betrieben und Kombinatenerfaßt wird.<sup>296</sup>

Diese längerfristigen Vergleiche hatten -- wegen der theoretischen Mängel des zentral gelenkten Außenhandels und der komplementären Devisenbewirtschaftung -- bereits vorher nur von fragwürdiger Aussagekraft sein können. Durch die Umstellung wurde den Kombinatener und Betrieben nunmehr die letzte Möglichkeit genommen, im Außenhandel annähernd realistische Ursachenanalysen der veränderten, für ihren Export wichtigen Daten vorzunehmen, da sie nicht einmal mehr konsistente Zeitreihen erstellen konnten. Gleichzeitig konnten auch die staatlicherseits verantwortlichen Gremien nur noch schwerer als bisher bestimmte Einflüsse auf das Verhalten der Betriebe und Kombinate isolieren.

9. Die bisherige, am offiziellen Goldgehalt des Rubels und des Dollars orientierte Parität von (ca.) 1,11 vergrößerte sich mit der Neufestlegung des Kurses des transferablen Rubels theoretisch auf (ca.) 1,21 Rubel/1 US-Dollar. Diese Neufestlegung wurde aber nicht offiziell vollzogen und publiziert, sondern in Veröffentlichungen mit Hilfe eines sogenannten "Statistik-Koeffizienten" kaschiert, der als statistische Brücke zwischen den internen Umrechnungsverhältnissen und dem Ausweis der Außenhandelsstatistik in nationalen und internationalen Publikationen diente und "die langfristige und jährliche Vergleichbarkeit der Entwicklung des Außenhandelsvolumens und der Anteile der Wirtschaftsgebiete sichern"<sup>297</sup> sollte.

Anfänglich schien dieser Umrechnungsfaktor zuerst mit einem Wert von 1,209 im Jahre 1972 in der Außenhandelsstatistik nicht gravierende Fehler zu produzieren, aber durch den Wechsel zum flexiblen Wechselkurssystem im NSW und durch das sukzessive Anwachsen des Umrechnungsfaktors auf 1,778 im Jahre 1981 geriet die Statistik des Außenhandels der DDR in den Folgejahren noch mehr außer Kontrolle. So konstatierte das Ministerium für Außenhandel 1980: "Im Ausweis der Außenhandelsumsätze im Statistischen Jahrbuch der DDR sowie der RGW- und UNO-Statistik treten zunehmend starke Verzerrungen auf(...). Die Daten über die Außenhandelsentwicklung der DDR stimmen in der Öffentlichkeitsstatistik in Größenordnungen nicht mehr mit den [von der DDR-Ministerialbürokratie wahrgenommenen] ökonomischen Realitäten überein."<sup>298 299</sup>

Nach internen Berechnungen im MAH war der im Statistischen Jahrbuch der DDR ausgewiesene Export der DDR ins NSW in den beiden "Spitzenjahren" in 1981 und 1988 um 52,45% bzw. 51,04% aufgebläht<sup>300</sup>. Die hier wiedergegebene interne Graphik des zuständigen Bearbeiters im MAH zeigt diese Überzeichnung des NSW-Exports der DDR deutlich.

<sup>296</sup> MAH/6054/I: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Ausweis vergleichbarer Zahlen zum Vorjahr in der Planung und Außenhandelsberichterstattung", Berlin, 2.3.1981, S. 3

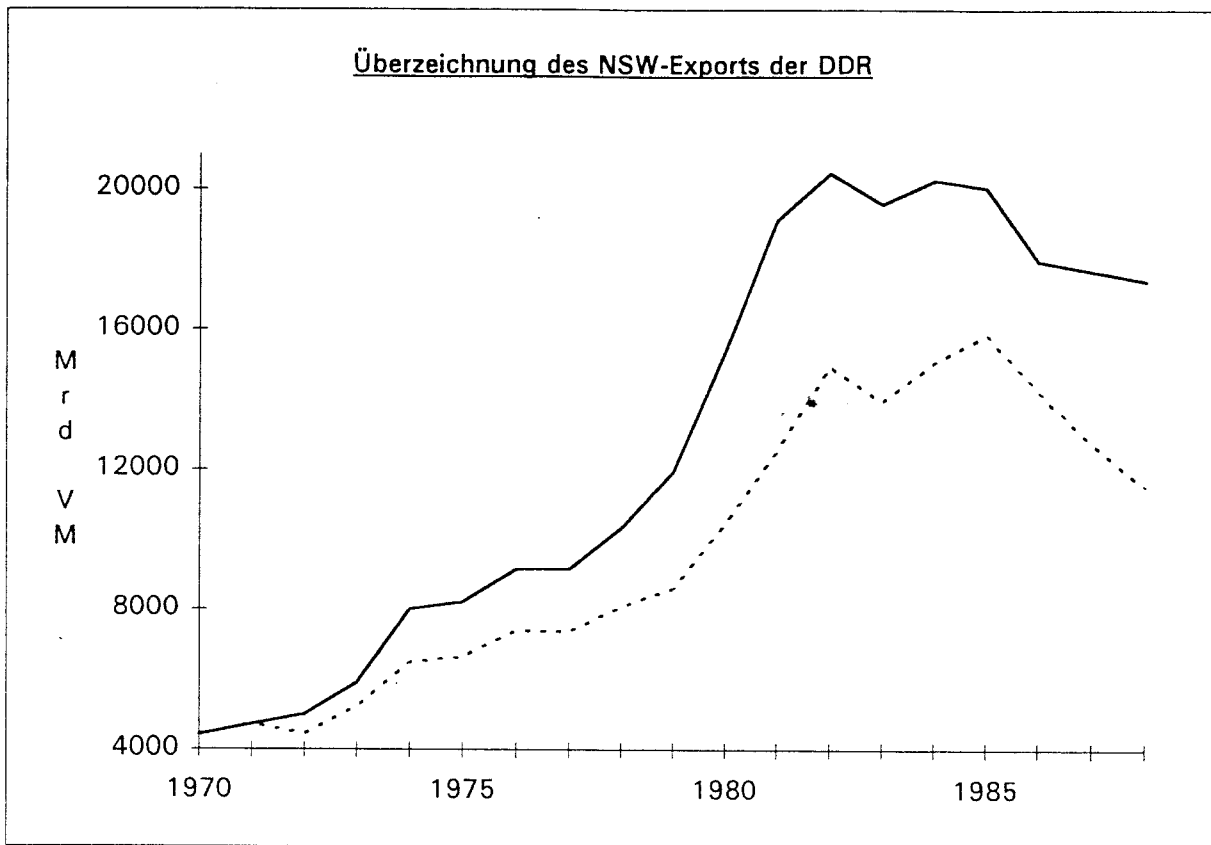
<sup>297</sup> MAH/6054/F: MAH, Abt. Ökon. System: "Analyse der Methodik für den statistischen Ausweis von Angaben zur Außenhandelsentwicklung für Veröffentlichungszwecke und Vorschläge zu ihrer Vervollkommnung", (ohne Datum) Nov. 1979, S. 4

<sup>298</sup> MAH/6054/H: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information über Probleme ...", (ohne Datum) 1980; Hervorhebung im Original, C.H.

<sup>299</sup> Im wesentlichen war die DDR hierbei in eine Indexproblem-Falle getappt. Um die längerfristige Vergleichbarkeit zu gewährleisten, waren die Währungsrelationen entsprechend den Gewichten eines Preis-index konstant gehalten worden bzw. über den Statistik-Koeffizienten nur sukzessive, gegenüber den teilweise erratischen Wechselkursschwankungen des US-Dollars in den 70er und 80er Jahren jedoch in jedem Fall zu langsam angepaßt worden. Dadurch potenzierte sich das Problem fortlaufend und war auch nicht zu beheben, da es vollkommen unwahrscheinlich war, daß die Entwicklung der internationalen Kursrelationen den Währungsrelationen wieder die gleichen Gewichte wie 1971 zuweisen würde. Vgl. MAH/6054/D, Gutachten der SZS, S. 2f

<sup>300</sup> Vgl. MAH/6054. Ausgenommen von dieser Aufblähung war der Export gegen Verrechnungseinheiten in die BRD, der damit relativ unterbewertet war. Entsprechend der Legende der zugehörigen Tabelle handelt es sich bei den niedrigeren, "realen" Vergleichswerten um den Planexport. Es ist demzufolge möglich, daß die tatsächliche Aufblähung in manchen Jahren noch höher war als ausgewiesen

**Abbildung 3-5: Überzeichnung des NSW-Exports der DDR**



Legende:

- NSW-Export nach Umrechnung mit dem "Statistik-Koeffizienten für Veröffentlichungen"
- - - NSW-Export Ist-Realisierung

Dieses Problem der Überzeichnung des NSW-Exports infolge des Festhaltens an der 1:1-Parität wurde von der DDR-Ministerialbürokratie erkannt<sup>301</sup>, aber die politischen Vorgaben, aus denen die Überzeichnung entstanden war, verhinderten, daß dieser Fehler behoben werden konnte. Als die DDR in den achtziger Jahren von verschiedenen internationalen Gremien (u.a. den Vereinten Nationen und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) und einzelnen Handelspartnern auf die Diskrepanz zwischen den gegenseitigen Berechnungsergebnissen angesprochen wurde, wurde dieses Problem der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und der DDR-Führung ausgesprochen peinlich.<sup>302</sup> Aber selbst jetzt sah sich die DDR-Führung

<sup>301</sup> MAH/6054/H: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information über Probleme ...", (ohne Datum) 1980, S. 7f bzw. S. 9: "Trotz dieser enormen Kursverschiebung [infolge der Abwertung des US-Dollars und anderer wichtiger kapitalistischer Währungen gegenüber der DM] basieren die "Statistik-Kurse" für den trf. Rbl und den US- unverändert auf der ehemaligen Parität (1 US-\$ = 0,741 trf. Rbl.) bei gleichzeitigem Beibehalten der Festlegung 1 VM = 1 VE = 1 DM. Damit findet der Kursverfall des US-\$ sowohl gegenüber der DM als auch gegenüber dem trf. Rbl. in unserer Statistik nicht seinen Niederschlag. Durch die Umrechnung der KD- und VW-Umsätze mit dem Statistik-Koeffizienten wird unser AH mit diesen Währungsgebieten in der öffentlichen Statistik ebenfalls zunehmend überhöht ausgewiesen." "Genau umgekehrt verhält es sich hinsichtlich des Ausweises der AH-Entwicklung mit dem Währungsgebiet VE (BRD/WB). Durch die Nichtanwendung des Statistik-Koeffizienten beim Ex- und Import gegen VE aufgrund der unveränderten Grundprämissen für die "Statistik-Kurse" wird der AH mit diesem Währungsgebiet gegenüber dem KD- und VW-AH zunehmend unterbewertet."

Vgl. hierzu auch die ökonomische Detailanalyse im "Entwurf" einer "Vereinbarung" zwischen SZS, SPK, MdF und MAH, Berlin, 31.7.1978, sowie eine detaillierte Erörterung der statistischen Ursachen in: "Zum Ausweis des physischen Volumens des Außenhandels im Statistischen Jahrbuch [der DDR]", SZS, Abt. 3.5, Berlin, 12.1.1976

<sup>302</sup> MAH/6054/H: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information über Probleme ...", 1980, S. 1: "... haben in der

gezwungen, an dieser Farce<sup>303</sup> festzuhalten und auf dem eigenen Standpunkt zu beharren, da eine ex-post-Korrektur die Veröffentlichung von Rückrechnungen und damit die Offenbarung der teilweisen, rein statistischen Scheinerfolge gegenüber einem internationalen Publikum bedeutet hätte, u.a. auch gegenüber den westlichen Kreditinstituten, auf deren Gutwilligkeit die DDR in den achtziger Jahren mehr denn je angewiesen war.<sup>304, 305</sup>

### 3.8.4. Der Mechanismus der Wechselkursfestlegung als Quelle ständiger Ungleichgewichtssituationen

Innerhalb der Ministerialbürokratie der DDR wurden in den Jahren ab 1971 des öfteren Alternativen zum geltenden System der Wechselkursfestlegung untersucht. Als eine, wenn auch in der politischen Führung nicht durchsetzbare Alternative ist die mehrfach implizit oder explizit geäußerten Empfehlung der Währungsspezialisten zu betrachten, die faktische "Leitwährung" DM aufzugeben und einen offenen, "ökonomisch begründeten Währungskurs" zu bestimmen.<sup>306</sup> Als andere Alternative wurde -- insbesondere angesichts der hohen Kursschwankungen des US-Dollars in den siebziger und achtziger Jahren -- auch die Einführung eines Systems flexibler Wechselkurse im RGW-Verbund untersucht. Das Vorbild hierfür war das in den kapitalistischen Ländern herrschende Regime floatender bzw. im EWS-Verbund gegenüber anderen Währungen floatender Kurse.

Die Einführung flexibler Wechselkurse (bzw. flexibler interner Umrechnungsverhältnisse bei Aufrechterhaltung der Bindung an den Kurs der DM) und selbst die "Änderung des internen Umrechnungsverhältnisses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen im Laufe eines Planjahres"<sup>307</sup> wurden -- nach Abwägung der "Ökonomischen und politisch-ideologischen Probleme" und der "arbeitsmäßigen Konsequenzen"<sup>308</sup> der notwendigen, umfassenden Korrekturarbeiten -- abgelehnt.

---

Vergangenheit Diplomaten und Geschäftspartner aus kapitalistischen Ländern wiederholt ihr Unverständnis geäußert, die die Außenhandelsangaben der DDR stark abweichen von den Statistiken kapitalistischer Länder und Organisationen zum AH mit der DDR. Das betrifft die absoluten Zahlen zum Export und Import als auch die [stark überzeichneten] jährlichen Steigerungsraten."

<sup>303</sup> MAH/6054/F: MAH, Abt. Ökon. System: "Analyse ...", (ohne Datum) Nov. 1979, S. 15: "Die für die Anwendung des Statistik-Koeffizienten gegebene Begründung, daß die langfristige Vergleichbarkeit der Daten hinsichtlich der Entwicklung des AH-Volumens zu sichern sei, kann nicht aufrechterhalten werden. Der Außenhandel vollzieht sich als Austauschprozeß in Wert- bzw. Preisform und nicht in Gebrauchswertform. Der statistische Ausweis muß dem Rechnung tragen. D.h., da Veränderungen von Kursrelationen das Ergebnis realer ökonomischer Prozesse sind, ist es grundsätzlich nicht zulässig, Änderungen der tatsächlichen Kurse in der Statistik zu eliminieren, um eine fiktive AH-Entwicklung (zu künstlich starr gehaltenen Kursen) auszuweisen."

<sup>304</sup> MAH/6054/H: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Information über Probleme ...", 1980, S. 4: "Eine Lösung der angewachsenen Widersprüche im statistischen Ausweis des Außenhandels der DDR erweist sich in Anbetracht der politisch wie ökonomisch sehr vielschichtigen Kursprobleme als außerordentlich kompliziert. Es ist zu berücksichtigen, daß es nicht möglich ist, in der Öffentlichkeitsstatistik rückwirkend Veränderungen vorzunehmen."

<sup>305</sup> Die schwache Position der für ihre Verhältnisse hochverschuldeten DDR gegenüber den westlichen Kreditinstituten mag insbesondere in den letzten Jahren der Existenz der DDR ein starkes Argument dafür gewesen sein, die 1:1-Parität gegenüber der DM der BRD trotz aller ökonomisch unsinnigen Konsequenzen auf keinen Fall in Frage zu stellen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die DDR u.a. die Einnahmen aus der seitens der BRD zu zahlenden Transitzuschule bereits als Kreditsicherheit an private Gläubigerbanken verpfändet. Jedes Abweichen von der 1:1-Parität bzw. allein jede Diskussion über dieses Thema hätte aus Sicht der Gläubigerbanken die noch vorhandene Bonität der DDR in Frage gestellt und zu einem erneuten Kreditmoratorium wie in 1981 führen können, als die DDR nur knapp die Zahlungsunfähigkeit vermeiden konnte. (Vgl. Hertle 1992d, S. 1032) Bei der Berücksichtigung dieses Sachverhalts muß auch in Betracht gezogen werden, daß die westlichen privaten Gläubigerbanken aufgrund der Untersuchungen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und aufgeschreckt durch das Beispiel Polens bei ihrer Kreditvergabe zurückhaltender waren und jeden weiteren Großkredit von einer staatlichen Bürgschaft abhängig machten.

<sup>306</sup> Vgl. beispielhaft MAH/6055/11: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Zur Erhöhung der ökonomischen Interessiertheit am NSW-Export", Berlin, 1980, Anlage 5, und MAH/6055/14: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Problemvorlage ...", Berlin, 21.12.1971, S. 5f

<sup>307</sup> Vgl. MAH/6056/1: "Notwendigkeiten bei Änderung des internen Umrechnungsverhältnisses der Mark der DDR zu kapitalistischen Währungen im Laufe eines Planjahres", Mai 1973

<sup>308</sup> MAH/6056/1: "Notwendigkeiten ...", S. 3f

Das wesentliche Argument hierfür war, daß das in der DDR herrschende System der Zentralverwaltungswirtschaft in Verbindung mit den DDR-spezifischen währungspolitischen Inkonsistenzen<sup>309</sup> in den Augen der verantwortlichen Ministerien für eine solche prinzipielle Änderung des Regimes bzw. eine außerplanmäßige Anpassung nicht ausreichend flexibel war: "Unter den gegenwärtigen Bedingungen, insbesondere im Hinblick auf die an das Leitungs- und Planungssystem zu stellenden Anforderungen, ist die Einführung flexibler interner Umrechnungsverhältnisse nicht möglich."<sup>310</sup>

Als Kompromiß bzw. als minimale Anforderung wurde daher bestimmt, daß "das interne Umrechnungsverhältnis im Prinzip während eines Planjahres stabil zu halten" sei.<sup>311</sup> Als Anpassungsmöglichkeit an die im NSW flexiblen Wechselkurse verblieb somit -- außer im Fall extremer Schwankungen -- nur eine Korrektur entsprechend dem Planungsrhythmus in jährlichen bzw. fünfjährigen Abstand.<sup>312</sup>

Da sich aber die flexiblen Wechselkurse im NSW dem Planungsrhythmus der Zentralverwaltungswirtschaft nicht anpassen wollten, entstanden permanent neue Über- und Unterbewertungseffekte und entsprechende reale Verlustpotentiale für die DDR-Volkswirtschaft: "Derartige Abweichungen zwischen den internen Umrechnungsverhältnissen und den Tageskursen kapitalistischer Währungen, verbunden mit Veränderungen der Kursrelationen untereinander, haben Auswirkungen auf viele Einzelentscheidungen in den Außenhandelsbetrieben. Sie führen teilweise zu ökonomisch falschem Verhalten, das mit administrativen Mitteln nur teilweise korrigiert werden kann."<sup>313</sup>

Anhand einer Modellberechnung des MAH, Abt. Ökonomisches System, aus dem Jahre 1971 läßt sich nachvollziehen, wie die Betriebe und Kombinate (ersichtlich an den VM-Erlösanteilen) in solchen Ungleichgewichtssituationen durch Steuerung des Exports in bestimmte Währungsgebiete die STAL im Export de facto unterlaufen konnten, aber gleichzeitig in der Gesamtbetrachtung den Export de jure übererfüllten und damit auch die Zuweisungen im Prämienfonds erreichten:

"Nach der Freigabe der Westmark ergibt sich folgende Wirkung:

<sup>309</sup> MAH/6056/AH/2: MAH, Abt. Finanzökonomie: "Diskussionsmaterial 'Zur Berücksichtigung der Veränderungen der Devisenkurse kapitalistischer Währungen beim NSW-Export und Import'", Berlin, 1.2.1979, S. 2ff. Bei solchen Erwägungen schauten die DDR-Experten gelegentlich durchaus neidisch zu den anderen sozialistischen Ländern hinüber, in denen "die Anwendung flexibler Kurse (...) möglich ist." und in denen "die Staatsbanken die Kurse ihrer Währungen in relativ kurzen Abständen der aktuellen Kursentwicklung der kapitalistischen Länder untereinander an."

<sup>310</sup> MAH/6056/AH: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Voraussetzungen für die Einführung flexibler interner Umrechnungsverhältnisse der Mark zu kapitalistischen Währungen und dabei auftretende Probleme", 4.9.1984, S. 6. Als Ausweg wurde die Einführung "einer vierten Bewertungsvariante der Valutamark" erwogen. Neben "der VM zu Plankursen, der VM zu Öffentlichkeitskursen und der VM zu nicht-kommerziellen Kursen" "käme die VM zu flexiblen Kursen hinzu." Diese Maßnahme wurde aber bereits intern abgelehnt, weil damit nur zusätzliche Komplikationen bei als geringfügig eingeschätzten Verbesserungen erwartet wurden. Vgl. MAH/6055/AH/2: MAH, Abt. Finanzökonomie: "Diskussionsmaterial '...', Berlin, 1.2.1979, S. 6ff.

<sup>311</sup> MAH/6056/AH/1: MAH, Abt. Ökon. System: "Entscheidungsvorlage zur Einführung variabler Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu Währungen kapitalistischer Länder", Berlin, 31.10.1974, S. 5: "Als Ausnahmen könnten in Frage kommen (mit allen Konsequenzen der Umbewertung von Plänen, Verträgen und Kontokorrent)

- eine überdurchschnittliche Ab- oder Aufwertung (etwa über 10%) einer kapitalistischen Hauptwährung,
- eine grundsätzliche Änderung des gegenwärtig existierenden kapitalistischen Weltwährungssystems."

Hierzu handschriftliche Anmerkung am Rande: "Wenn es im 1. Halbjahr passiert!"

<sup>312</sup> Zum Mechanismus selbst vgl. MAH/6055/9: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Problemmaterial zu den Vorschlägen zur Neufestsetzung der internen Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zum trf. Rbl. und zu den kapitalistischen Währungen", Anlage 2

<sup>313</sup> MAH/6056/AH/2: MAH, Abt. Finanzökonomie: "Diskussionsmaterial '...', Berlin, 1.2.1979, S. 1

### 1. Planung (staatliche Auflage)

| Währungsgebiet | VM-Erlös (in %) | Summe der Richtungskoeff. |
|----------------|-----------------|---------------------------|
| VW             | 420 (35,9%)     | 294                       |
| FD             | 420 (35,9%)     | 336                       |
| WD/WB          | 331 (28,2%)     | 331                       |
| NSW-GEsamt     | 1171 (100,0%)   | 961                       |

### 2. Planabrechnung bei Exportverlagerung i.H.v. 10% von WD/WB ins Währungsgebiet FD

| Währungsgebiet | VM-Erlös (in %) | Summe der Richtungskoeff. |
|----------------|-----------------|---------------------------|
| VW             | 420 (35,6%)     | 294                       |
| FD             | 462 (39,2%)     | 370                       |
| WD/WB          | 298 (25,2%)     | 298                       |
| NSW-Gesamt     | 1180 (100,0%)   | 962                       |

D.h. mit gleichen Warenfonds konnte der Exportplan durch die Verlagerung von in WD/WB geplanter Warenfonds nach dem Währungsgebiet FD übererfüllt werden. Damit ist -- bei Unterstellung gleicher Preise -- die beabsichtigte Wirkung der beschlossenen Maßnahmen im Prinzip wirkungslos (durch Verlagerung von Warenfonds 'positive' Auswirkung auf den Prämienfonds).<sup>314</sup>

Die Modellrechnung verdeutlicht die Schwierigkeiten, mit denen die DDR in den Folgejahren seit der internen, i.e. nicht veröffentlichten, Änderung der Umrechnungskoeffizienten und vermehrt seit der Freigabe der Wechselkurse im kapitalistischen Ausland zu kämpfen hatte, denn generell trieben die bestehenden Interessenwidersprüche die Betriebe "beim Export in überbewertete, d.h. schwache Währungen", "beim Import in unterbewertete, d.h. starke Währungen".<sup>315</sup>

Aus der Sicht der DDR-AHB und - Exportbetriebe handelte es sich um vollkommen rationales Verhalten, wie anhand eines einfachen Beispiels erläutert werden kann: Aus einer Aufwertung der DM resultierte tendenziell ein Importsog in die BRD aus anderen Ländern. Dadurch gerieten die DDR-Exporte in die BRD unter Preisdruck, was eine Anpassung des Kurses der Summe aus Valutamark + Richtungskoeffizient erfordert hätte, die aber aus planungstechnischen Gründen meist nur mit Verspätung am jeweiligen Jahresende erfolgten. Daher mußten die Betriebe entweder von sich aus eine Verschlechterung im Preis-Mengen-Verhältnis hinnehmen, was aber zu einer sinkenden Rentabilität führte und entsprechende Wirkungen in der Prämienzuteilung nach sich zog, oder sie exportierten in andere Länder, gegenüber denen die DM aufgewertet worden war. Da die DDR-Währungspolitik zu diesem Zeitpunkt die Anpassung der Währungskurse auch bei diesen Währungen noch nicht vollzogen hatte, stieg hier die Rentabilitätskennziffer, was mit entsprechend angenehmen Folgen in der Prämienzuteilung verbunden war.

Dieses rationale Verhalten der Betriebe hatte allerdings fatale Konsequenzen für die Zahlungsbilanzsituation der DDR: Einerseits wurden durch den Export in Schwachwährungsländer

<sup>314</sup> MAH/6055/18: MAH, Abt. Ökon. System: "Analyse der Probleme, die im Zusammenhang mit der Einführung des neuen internen Umrechnungsverhältnisses der Mark zum transferablen Rubel entstanden sind", Anlage 1, S. 2

Daß es sich hierbei nicht um eine singuläre oder nur theoretisch existierende Erscheinung handelt, belegt neben vielen anderen diesbezüglichen Aussagen ein Beispiel in (MAH/6056/AH/2: MAH, Abt. Finanzökonomie: "Diskussionsmaterial ...", Berlin, 1.2.1979, S. 2) aus dem Jahre 1979, nach welchem "Berechnungen im AHB Textilcommerz ergeben haben, daß ausgehend von einer Plangröße in VM beim Vertragsabschluß in Schweizer Franken 40% mehr Gebrauchswerte realisiert werden können, als beim Vertragsabschluß gegen [den zu jenem Zeitpunkt an stark Wert verlierenden] US-\$."

<sup>315</sup> MAH/6056/AH/1: MAH, Abt. Ökon. System: "Entscheidungsvorlage .", Berlin, 31.10.1974, S. 5; vgl. auch MAH/6055/14: MAH, Abt. Ökon. Regelungen: "Problemvorlage ...", Berlin, 21.12.1971, S. 2f

abwertungsgefährdete Devisen angesammelt, andererseits benötigte die DDR für den Import erhebliche Mengen an starken Währungen.

### **3.8.5. Die Währungspolitik als eigenständige Ursache des Niedergangs der DDR-Wirtschaft**

Als Fazit dieser Ausführungen bleibt festzuhalten, daß die Währungspolitik im Rahmen der Außenhandelspolitik der DDR als eine weitere, eigenständige und systembedingte Ursache der Niedergangs der DDR-Wirtschaft angesehen werden kann. Mit den beschriebenen, politisch motivierten Inkonsistenzen im währungspolitischen Bereich führte die DDR-Wirtschaftspolitik für die AHB und Exportbetriebe zusätzliche Unsicherheitsfaktoren im betrieblichen Kalkül insbesondere im Handel mit dem NSW ein. Da es unmöglich war, alle Folgen dieser Maßnahmen vorherzusehen und systemkonform zu kompensieren, mußten die für den Außenhandel verantwortlichen Institutionen zwangsläufig "einige Systemregelungen in der Außenwirtschaft" einführen, die nicht dem zeitinvarianten Anspruch der wirtschaftlichen Rechnungsführung entsprechen, "wonach eine Übereinstimmung der betrieblichen Interessen mit den gesamtwirtschaftlichen Interessen herbeigeführt werden soll. Diese Übereinstimmung ist nicht gewährleistet"<sup>316</sup>, und aus dieser fehlenden Übereinstimmung resultierte eine "Durchbrechung der [angestrebten] Einheit von Planung und wirtschaftlicher Rechnungsführung"<sup>317</sup>.

Die Systembedingtheit dieser Ursache ist allerdings in mittelbare und unmittelbare Komponenten aufzuteilen:

Als unmittelbar systembedingte Komponenten werden angesehen

- der Versuch der langfristigen währungspolitischen Abschottung der zentralverwalteten Wirtschaft im Rahmen des Außenhandelsmonopols durch das Währungs- bzw. Devisenmonopol des Staates, was eine Inflexibilität des Außenhandels verursachte, die auch über noch so detaillierte Regelungen des Staates nicht beseitigt werden konnte,
- der Irrtum, auf eine an den Weltmarktpreisen orientierte korrekte Preisbildung bzw. korrekte Festsetzung der Austauschverhältnisse als Voraussetzung langfristig relevanter Strukturentscheidungen verzichten zu können, und
- die Tatsache, daß sich trotz des Erkennens der ökonomischen Fehler und Notwendigkeiten (Abschaffung der 1:1-Parität) bereits zu Beginn der sechziger Jahre der politische Einfluß dennoch für eine solch lange Periode durchsetzen konnte, obwohl die widrigen Konsequenzen der politischen Entscheidungen längst deutlich geworden waren.

Als DDR-spezifische, mittelbare Komponente muß gelten, daß die Währungspolitik der DDR durch die Bindung des Kurses der Mark der DDR (qua Valutakurs und Richtungskoeffizient) an die "Leitwährung DM" und die Zerteilung des Plans wesentlich und zusätzlich dazu beitrug, die Position der Exportwirtschaft der DDR auf den Märkten im NSW-Gebiet zu schwächen. Den allgemeinen Niedergang der Volkswirtschaft der DDR förderte sie, indem sie durch Fehler in der Kursfestsetzung zu einem Abfluß realer Werte ins Ausland beitrug und damit die Reproduktionsfähigkeit des Kapitalstocks zumindest verschlechterte.

<sup>316</sup> MAH/5092/11: MAH, Bereich Außenwirtschaftsbeziehungen (Westdeutschland und Westberlin): "Probleme des Planablaufs 1970 im Handel mit WD/WB (Stand 20.4.1970), Berlin, 29.4.1970, S. 2

<sup>317</sup> MAH/5092/4: MAH, Abt. Ökon. System: "Einschätzung ...", Berlin, 5.3.1971, S. 3

**Tabelle A1:****Übersicht zu den Umrechnungsverhältnissen der Mark der DDR****1. Für die innerstaatliche Planung und Abrechnung:**

|                                            |                         | <u>1987</u> | <u>1988</u> |
|--------------------------------------------|-------------------------|-------------|-------------|
| 1 trf. Rbl                                 | (Umrechnungsverhältnis) | 4,67 M      | 4,67 M      |
| 1 US-\$                                    | (internes UV)           | 2,30 VM     | 1,87 VM     |
| 1 DM/VE                                    | (internes UV)           | 1,00 VM     | 1,00 VM     |
| SFRJ (1 US-Verr.\$ x Planungsfaktor)       | =                       | 6,90 M      | 6,29 M      |
| China (1 Verr.-sfr x Planungsfaktor)       | =                       | 3,75 M      | 4,08 M      |
| Mocambique (1 US-Verr.\$ x Planungsfaktor) | =                       | 6,90 M      | 6,29 M      |

**2. Für die wirtschaftliche Rechnungsführung (Exporterlös in Mark)**

|                                                                    |   |                       |                       |
|--------------------------------------------------------------------|---|-----------------------|-----------------------|
| 1 trf. Rbl                                                         |   | 4,67 M                | 4,67 M                |
| 1 US-\$ (internes Umrechnungsverhältnis +<br>Richtungskoeffizient) | = | 2,30 + 300%<br>9,20 M | 1,85 + 340%<br>8,14 M |
| 1 DM/VE (internes Umrechnungsverhältnis +<br>Richtungskoeffizient) | = | 1,00 + 300%<br>4,00 M | 1,85 + 340%<br>4,40 M |
| SFRJ/China/Mocambique wie Planung/<br>Abrechnung                   |   |                       |                       |

**3. Für Veröffentlichungen**

|            |        |        |
|------------|--------|--------|
| 1 trf. Rbl | 4,67 M | 4,67 M |
| 1 US-\$    | 3,68 M |        |
| 1 DM       | 1,60 M |        |
| 1 VE       | 1,00 M | 1,00 M |

**4. Für nichtkommerzielle Zahlungen:**

|                                                         |        |        |
|---------------------------------------------------------|--------|--------|
| 1 Rbl                                                   | 3,20 M | 3,20 M |
| 1 US-\$ lt. Devisenumrechnungs-<br>gesetz v. 12.11.1987 | 1,66 M |        |
| 1 DM (fix)                                              | 1,00 M | 1,00 M |

### 5. vorläufiger Statistik-Koeffizient

(Grundlage: STAL 1988, Stand 4.12.1987)

Koeffizient aus der Veränderung der internen UV zu kapitalistischen Währungen:  
(ohne VE)

|         |           |                 |
|---------|-----------|-----------------|
| Export: | - 14,37 % |                 |
| Import: | - 10,94 % |                 |
| Gesamt: | - 12,88 % | (Koeff. 0,8712) |

vorläufiger Statistik-Koeff. 1988 =  $1,602/0,8712$  (Statistik-Koeff. 1987)

$$= \underline{1,839}$$

Statistikkurs:  $1,85 \times 1,839$

$$= \underline{3,40} \quad (\text{für KD und VW})$$

$$= \underline{1,84} \quad (\text{für DM/KD})$$

$$= \underline{1,00} \quad (\text{für VE})$$

Quelle:  
MAH/6055/10